Nr. 85. 10. Jahrg.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6708.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4186.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 12. April 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Beiträge zur Rechtspflege in Deutschland.

II.

„Ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeiten verübt, ist gefährlicher und schlimmer als eine Diebesbande; vor der kann man sich hüten, aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihren üblen Passionen zu dienen, vor denen kann sich kein Mensch hüten, die sind ärger als die größten Spitzbuben, die in der Welt sind, und verdienen eine härtere Bestrafung."

So äußerte sich Friedrich II., absoluter König von Preußen.

Die Richtigkeit seines Ausspruches bestreitet heutzutage kein anständiger Mensch. Man kann ohne weiteres feststellen, daß Bestechlichkeiten deutscher Richter zu den allergrößten Seltenheiten gehören. Werden demnach in wachsendem Maße Anklagen erhoben und Urtheilssprüche gefällt, welche mit dem Rechtsbewußtsein der großen Masse des Volks in schroffem Widerspruch stehen, so muß diese Erscheinung anders erklärt werden. Sie ist begründet in unserm Rechtsprechungs-System und in den politisch-sozialen Zuständen.

Das Rechtsprechungs-System. Die Gerichtsverfassung bestimmt in ihrem ersten Paragraphen: „Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetz unterworfene Gerichte ausgeübt." Die Gerichte sind aber nicht unabhängig, weder unabhängig von der Verwaltung, noch unabhängig von den gesellschaftlichen Anschauungen der herrschenden Klasse. Das deutsche Gerichtssystem beruht auf dem Berufsrichterthum, das sich zusammensetzt aus der Verwaltungsbehörde (Staatsanwaltschaft), aus den richterlichen Behörden (im wesentlichen aus Nichtlaien bestehend) und aus der vom Gelde ihrer Klienten abhängigen, einer im wesentlichen oberstaatsanwaltlichen Disziplinaraufsicht unterstehenden Vertheidigung.

Wie Landgerichtsrath Pfizer — ein sicher dem Sozialismus nicht sympathischer Richter — mit Recht betont, „ist das unvermeidliche Ergebniß der Mitwirkung des jederzeit von der Regierung absetzbaren, zur Befolgung der Weisungen seiner vorgesetzten Verwaltungsbehörden durch das Gesetz verpflichteten Staatsanwalts im Strafverfahren dies, daß er fast das ganze Verfahren beherrscht und zu den Richtern in ein Verhältniß tritt, welches von moralischer und intellektueller Abhängigkeit der Letzteren von Ersterem wenig verschieden ist". In dem Kampfe der Anhänger des absoluten Polizeistaats und den Verfechtern des sogenannten modernen Rechtsstaats um die Gestaltung der Straf-Prozeßordnung haben jene gesiegt. Nach unserer Straf-Prozeßordnung, vielleicht dem reaktionärsten Machwerk unserer rückschrittlichen Gesetzgebung, ist die Frage, ob eine Anklage erhoben werden soll, nicht allein nach den Grundsätzen des Rechts, sondern auch nach denen der Zweckmäßigkeit zu entscheiden. Die richterliche Funktion der Anklage liegt bei uns nicht in den Händen von Richtern, die ihren Vorgesetzten gegenüber unverantwortlich und unabhängig sind und von diesen weder abgesetzt noch etwa nach anderen Orten versetzt werden können. Damit ist dem nationalliberalen Märchen, daß Deutschland ein Rechtsstaat sei, der Boden entzogen.

Aber auch der richterliche Beamte selbst ist trotz der schönen Ergänzungsworte des Gerichtsverfassungs-Gesetzes keineswegs unabhängig. Der Jurist hat nach langwierigem und kostspieligem Vorbereitungsdienst und Studium keinerlei Recht auf Anstellung. Darüber verfügt nach freiem Ermessen die Verwaltungsbehörde. Thöricht wäre es, die Regierung deshalb zu schelten, wenn bei der Ernennung zum Richter — von persönlichen Beziehungen, Vetterschaft u. s. w. gar nicht zu reden — für die Justizbehörden politische Beweggründe den Ausschlag geben, wenn mindestens bei der Auswahl unter sonst gleichen Kandidaten der politisch genehmere ausgelesen wird. Der ernannte Richter ist gegen seinen Willen — abgesehen von Disziplinarversetzungen — unabsetzbar und unversetzbar. Aber er hat kein Recht auf Beförderung. Ein Altersaufrückungs-System, wobei jeder die im Verhältniß zu seinem Dienstalter ihm zukommende Stellung einzunehmen berechtigt ist, existirt für richterliche Beamte nicht. Der ultrakonservative Ministerialrath v. Treydorf bemerkte vor 30 Jahren auf einem Juristentag: „Die Regierung wird mindestens bei gleicher Befähigung diejenigen zu Vorsitzenden und in die oberen Gerichte befördern, welche ihr auch politisch zugethan sind, auf deren Stimmen sie in gewissen Prozessen sicher rechnen kann. Wenigstens wird man dies glauben, werden schwächere Charaktere sich an den Staatsanwalt anlehnen, und wird in zweifelhaften Fällen sich das Zünglein nach dieser Seite neigen." So versteht man die im Vorjahre in den „Grenzboten" erhobene bittere Klage eines Richters darüber, daß die höchsten Richterstellen überwiegend mit ehemaligen Staatsanwälten besetzt sind, daß Wissen und Gewissenhaftigkeit als überflüssiger Ballast von der politischen Verwaltungsbehörde angesehen zu werden scheine, daß aber Geschmeidigkeit und politische Gesinnungstüchtigkeit die Segel blähen, die das Schifflein des munter Strebenden in den Hafen höherer Richterstellen treiben. Es ist natürlich, daß „die regierende Partei die Gerichte ihren politischen Tendenzen dienstbar zu machen sucht. Das Berufsbeamtenthum, so klagt der Richter weiter, hat auf die Länge niemals die Kraft gehabt, dem konsequenten Drucke der Regierungs-Gewalt zu widerstehen". Die neuere Justiz-Gesetzgebung hat es der Regierung als der Exekutive der herrschenden Klasse ermöglicht, den Druck leichter und geräuschloser auszuüben. Wer will es der politischen Behörde verargen, daß sie von ihrer Befugniß Gebrauch macht? „Es ist eine Täuschung, zu glauben, daß Gerichte und gerichtliche Urtheile an sich schon einen Schutzwall für das Recht des Landes und für die persönliche Freiheit der Staatsbürger seien. Wo ein politisches Interesse der Regierung in Betracht kommt, wird nicht nach der strikten Auslegung der Gesetze erkannt, sondern nach politischen Rücksichten und nach den Interessen und Tendenzen der regierenden Partei — so betonte trotz der üblichen Fiktion eines „unabhängigen preußischen Kreisrichters" mit Recht unter lebhaftem Beifall des auf grund des bekannten Wahlgesetzes gewählten preußischen Abgeordnetenhauses der bekannte Abgeordnete Twesten.

Je mehr die Klassengegensätze sich zugespitzt haben, je schärfer sich die Bevölkerung in zwei Lager, Kapital und Arbeit, theilt, desto weniger fühlbar wird der politische Luftzug der Gerichtssäle der verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie, desto kräftiger aber aber bläst er in die Arbeiterschaft hinein.

Manche Auslegungen der Gesetze, wie sie gewiß der innersten, weil mit ihren politischen Wünschen übereinstimmenden Ueberzeugung der Richter entsprechen, erregen zwar anfänglich ein bedenkliches Kopfschütteln selbst im konservativen Lager. Aber allmälig legt sich die Beunruhigung. Die Anwendung des § 110 auf eine Aufforderung zum Streik, die Auslegung einer Aufforderung aus gegentheiligen Reden die Anwendbarkeit des Erpressungsparagraphen auf die Forderung nach mehr Lohn bei gleichzeitiger Androhung einer Sperre, die Ausdehnung der Verantwortlichkeit für Preßerzeugnisse auf die nur bei der technischen Herstellung thätigen Personen, alles dies findet ja meist nur gegen die oppositionellen Richtungen Anwendung. Die Entdeckung, daß ohne Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit ihrer politischen Schattirungen auf Männer der Ordnungsparteien der Satz „es giebt Falscheide, die nicht strafbar sind" angewendet worden ist, ist für die Bourgeois sicher nicht betrübend. Und doch, in voller Sicherheit vor Fehlsprüchen gegen sie selbst kann auch die herrschende Klasse sich nicht wiegen. Ergötzlich ist es zu sehen, wie ihre Achtung vor dem „unabhängigen Gericht" schwindet, wenn dieses einmal einen der Ihren, oder einen, den sie als Blitzableiter für ihre Bestrebungen gebrauchen, etwas unsanft schüttelt. Ergötzlich ist das, was der Stöcker und der Ahlwardt von der Schlechtigkeit der Richter im Reichstage zu erzählen wußten, mit denen gerade sie zu thun gehabt. Ergötzlich ist es, wenn die „Vossische" und die „Freisinnige" wehmüthig von den Richtern schweigen, die durch eine naseweise und unwahre Briefkastennotiz des Herrn Eugen Richter gezwungen waren, ihre Ansicht über hervorragende Leuchten des Deutschfreisinns auszusprechen. Und doch, das altmonarchische Sprüchlein: justitia est fundamentum regnorum (Gerechtigkeit heißt die Grundlage der Königreiche) summt ihnen unangenehm in den Ohren. Wollt Ihr in Eurer heutigen Gesellschaftsordnung Stützen der Gerechtigkeit, die nicht in Wolkenkukucksheim hängen, so beseitigt die Abhängigkeit dieser Stützen, beseitigt die Verwaltungsbeamten aus der Justiz, entzieht die Ernennung und Beförderung der Richter politischen Ministerien, die sich nothwendig von politischen Rücksichten leiten lassen müssen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. April.

Die Militärvorlage. Die „National-Zeitung", das Hauptorgan der Nationalliberalen, erklärt nun auch die Auflösung des Reichstags für unausbleiblich. Herr von Bennigsen hat mit seinen Liebeswerbungen bei der Regierung kein Glück gehabt, und so ist die wehmüthige Resignation der Vertreter von „Bildung und Besitz" begreiflich. — Wie ein parlamentarischer Berichterstatter meldet, will der Berichterstatter der Militärkommission, Abgeordneter Gröber, den Bericht mit einer zusammenfassenden Darstellung der ganzen Frage eröffnen. Er sei bis jetzt zur Hälfte des Berichts gediehen und wird trotz anhaltender Arbeit wahrscheinlich erst Mitte nächster Woche zu Ende kommen. Der Satz und Druck des sehr umfangreichen Berichts werde eine Woche erfordern (!!!). Die Verlesung und Feststellung des Berichts in der Kommission dürfte mehrere Kommissionssitzungen in Anspruch nehmen. Das Plenum dürfte also voraussichtlich erst Anfang Mai an die zweite Berathung herantreten können. So zu lesen in der „Freisinnigen Zeitung", die aber erst vor etlichen Tagen die sicher aus guter Quelle geschöpfte, dasselbe besagende Nachricht der „Germania" bestritten und die letzte Aprilwoche als den Zeitpunkt der Plenarberathung bezeichnet hatte. — Der Vollständigkeit halber verzeichnen wir aus einem Berliner Berichte der

---

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [61

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

„Wer kümmert sich übrigens darum, was derartige Burschen sagen oder nicht? Sie würden, wenn sie gut genug dafür bezahlt werden, sogar ihre eigenen Mütter des Ehebruchs zeihen."

„Ich kann aber nicht glauben, daß alle sechs zum Tode verurtheilt werden. Drei von ihnen haben doch wirklich nichts gethan," sagte Watajko, sich an eine Hoffnung klammernd.

„Du bist, wie ich sehe, sehr naiv, mein Lieber," sagte der Stotterer ironisch.

Er heftete für einen Augenblick seine ruhelosen glänzenden Augen auf den jungen Mann, und wandte sie dann verächtlich ab. Seine Frau — welche auch nichts gethan hatte — war von ihnen fortgeschleppt und Jahre lang gefangen gehalten worden, bis sie wahnsinnig wurde und in einem Anfall von Selbstmord-Manie sich mit einem zerbrochenen Glase den Hals durchschnitt. Watajko's kleinmüthiger Wunsch, der Polizei ein menschliches Gefühl zuzuschreiben, erregte in ihm ein Gefühl der Entrüstung, gemischt mit Verachtung.

„Was den Urtheilsspruch anbetrifft," sagte Andrej, „so bin ich fest überzeugt, daß dem so sein wird. Er wird dem Gouverneur eine Gelegenheit geben, Humanität zur Schau zu tragen, indem er die Strafe für die Geschwister Duborow und wahrscheinlich auch für Botscharow mildert. Vielleicht wird der Gerichtshof den ungeheuerlichen Forderungen des Staatsanwaltes nicht ganz nachgeben, um seine Unabhängigkeit zur Schau zu tragen. Sie veranstalten immer derartige Komödien unter sich. Ich glaube nicht, daß mehr als drei Urtheile ausgeführt werden — für Boris und Wassilij sicherlich und dann entweder für Sina oder Botscharow," schloß Andrej mit etwas unsicherer Stimme.

„Aber wozu stellten wir Betrachtungen über derartige Dinge an?" fügte er nach einer Pause hinzu. „Sag' uns lieber, wie Deine Arbeit fortschreitet, Stotterer."

„Alles ist bereit. Ich habe für fünfzig Mann Bomben vorbereitet und zwei Dutzend mehr, als bestellt wurden. Ich habe nur den Zündstoff anzubringen. Dies kann ich leicht in einigen Stunden machen."

Sie besprachen ihren Plan, und nach einer halben Stunde ging der Stotterer mit etwas mehr Vorsicht, als er sie bei seiner Ankunft angewendet hatte, fort.

Kapitel II.
Im Tempel der Themis.

Das Verhör der sechs Gefangenen dauerte fünf Tage. Es hätte wenigstens dreimal so lange dauern sollen, wenn der Gerichtshof die von dem Militärkodex vorgeschriebenen Formen des Verfahrens, dem man sicherlich nicht Langsamkeit vorwerfen kann, beobachtet hätte. Aber die Stadt war durch den Anblick dieser richterlichen Tragödie, die sich in ihrer Mitte abspielen sollte, zu erregt. Der großen Masse war der Zutritt verweigert. Die Eintrittsbillets wurden nur mit der äußersten Vorsicht unter den Beamten, ihren Frauen und einer kleinen Zahl von Privatleuten von untadelhafter Zuverlässigkeit vertheilt.

Um jede sympathische Kundgebung von außen her zu verhindern, bewachten starke Trupps von Polizisten und Gendarmen alle Straßen, zerstreuten diejenigen, die sich in der Nähe des Gerichtshofes ansammelten, und verhafteten die Widerspenstigen und Halsstarrigen.

Trotzdem umschwärmte beständig eine Schaar, welche die Sympathie oder auch nur die Neugierde herbeigelockt hatte, den Platz. Wenn ein Herr oder eine Dame herauskamen, wurden sie sofort von einem Dutzend ihnen vollkommen fremder Leute umgeben. Wenn sie nach Hause kamen, waren sie sicher, von einem Freunde oder Bekannten erwartet zu werden, dem es unmöglich gewesen war, Zutritt zu erlangen, der aber, wie gewöhnlich, viel begieriger war, über den Fall etwas zu erfahren, als die Auserwählten.

Vom Manne zur Frau, vom Freunde zum Freunde verbreiteten sich die sensationellen Nachrichten mit überraschender Schnelligkeit über die ganze Stadt. Obgleich die Zeitungsberichte sich durch außerordentliche Kürze und Unzuverlässigkeit auszeichneten, waren alle diejenigen, die nur einiges Interesse für die Verhandlung empfanden, über das, was vorging, ziemlich gut informirt. Die Sympathie der großen Masse war, wie gewöhnlich, auf Seite der Schwächeren. Die täglichen und stündlichen Berichte über das Benehmen der beiden Parteien waren natürlich nur dazu angethan, diese Sympathie zu verstärken. Die Stadt war in fieberhafter Aufregung. Leute, die sich sonst um Politik nicht kümmerten, wurden sogar davon angesteckt. Durch die Symptome einer wachsenden Gährung, die möglicherweise in

Münchener „Allgemeinen Zeitung" das Folgende: „Die Mittheilung der „Germania", daß Herr Gröber seinen Bericht erst nach den Ferien beenden und der letztere somit erst gegen Ende April zur Vertheilung gelangen könne, hat die ohnehin kaleidoskopartig wechselnden Nachrichten zur Militärvorlage um ein neues Bild bereichert. Neu insofern, als die offiziösen Federn verschiedenster Rangstufen sich gerade in den jüngsten Tagen bemüht hatten, die zuerst an dieser Stelle gemachte Andeutung, daß die zweite Lesung der Vorlage im Plenum erst nach der Rückkehr des Kaisers aus Rom, also Anfang Mai, zu erwarten sei, zu bestreiten und auf den Auflösungsvollzug mittels telegraphischer Ordre aus Rom oder Neapel hinwiesen. Nun sind wir aber des weiteren der Ansicht, daß Rom in dieser Angelegenheit allerdings eine Rolle spielt, wenn auch nicht als Aufgabestation für die Auflösungsordre. Am 23. April findet der Besuch des Kaisers im Vatikan statt, und ich möchte, anknüpfend an die päpstlichen Worte „unité et sagesse" (Einigkeit und Klugheit) die Meinung aussprechen, daß dieser Termin für die Berichterstattung des Herrn Gröber nicht ohne Bedeutung ist. In welchem Sinne — darüber werden wir uns in einiger Zeit vielleicht des Näheren unterhalten können; jedenfalls wird die Zentrumsfraktion vor dem kaiserlichen Besuch im Vatikan nicht in die Lage gebracht werden, im Plenum endgiltig Stellung nehmen zu müssen." Das Zentrum, dessen Wunden noch bluten von den Wahlschlachten in Kelheim und Olpe-Meschede, wird die Volksstimme diesmal, meinen wir, richtig verstehen, da sonst der Verlust zahlreicher Wahlkreise und das Bersten des rissig gewordenen Thurmes unvermeidlich wären. Keine neuen Steuern, keine Militärlasten mehr, ist die Losung auch der katholischen Wähler. Und an diesem durch die wirthschaftlichen Zustände und die wachsende politische Aufklärung der Massen auch in den rabenschwarzen Bezirken bedingten Thatbestand kann niemand etwas ändern, nicht Leo XIII., nicht Wilhelm II. —

Die „Norddeutsche" erklärt offiziös: „Die verbündeten Regierungen stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die volle dreijährige Dienstzeit der zweijährigen als solcher vorzuziehen sei, und deshalb haben sie die Vorlage auch nicht eingebracht, um „die zweijährige Dienstzeit zu gewähren", sondern sie haben sie eingebracht, weil sie überzeugt sind, daß „eine wesentliche Verstärkung der Feldarmee im Interesse unserer Sicherheit nach außen unbedingt nöthig sei"." Im Interesse des deutschen Volkes liegt die glatte Ablehnung der Vorlage. —

Reichs-Seuchengesetz. Offiziös schreibt die „Post": „Zu den Vorlagen der Reichstags-Session, auf deren Durchberathung von seiten der verbündeten Regierungen besonderer Werth gelegt werden dürfte, gehört u. A. auch das Reichs-Seuchengesetz. Es bestehen im Reichstage gutem Vernehmen nach Meinungsverschiedenheiten, ob es nicht räthlicher gewesen sei, statt eines allgemeinen Seuchen- ein spezielles Choleragesetz zu konstruiren. Doch darf wohl angenommen werden, die Mehrheit werde dem Umstande Rechnung tragen, daß es nicht gerade leicht war, die Angelegenheit bis zu dem Punkte zu fördern, bis zu welchem sie glücklicherweise jetzt gediehen ist. Für Preußen bildet das Zustandekommen des Reichs-Seuchengesetzes eine der Voraussetzungen für die Inangriffnahme einer gründlichen Medizinalreform und damit zugleich für die wiederholt als dringlich bezeichnete Besserstellung der Kreisphysiker". —

Aus dem Abgeordnetenhause. Hinweg mit Miquel! erscholl der Schlachtruf der „Kölnischen", weil er ihnen in der Wahlrechts„reform" nicht ganz zu Willen war, und das Fiasko folgt auf dem Fuße. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner ersten Sitzung nach den Osterferien, am 11. d. M., den von uns mehrfach besprochenen, Antrag der Nationalliberalen, wonach die Bestimmung, daß die Einkommensteuer über 2000 M. nicht gerechnet werden solle, zu streichen sei, in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen 124 Stimmen abgelehnt. Der Gesetzentwurf betreffend die Aenderung des Wahlverfahrens wurde darauf in der zweiten Abstimmung angenommen. Der Wadelstrümpfler Rickert sprach und stimmte natürlich für den nationalliberalen Antrag Eynern. —

Preußische Gefälligkeiten. Man schreibt uns: Kürzlich sind einige Russen aus Berlin ausgewiesen worden, deren politische Harmlosigkeit feststeht. Es ist ihnen denn auch weiter nichts geschehen, als daß der gastliche Kulturstaat Preußen sie des Landes verwies; der Auslieferungsvertrag, so biegsam er ist, konnte nicht auf sie angewendet werden. Aber die zarte Rücksicht unserer Behörden geht weiter, als der beschränkte Unterthanenverstand sich träumen läßt. Der Erbfreund im Osten ist viel zu zivilisirt, als daß unsere Regierung nicht sich beiferte, ihn bei guter Stimmung zu erhalten, und da ihm das Budget der sibirischen Verschickungen, das Budget der Kerker und des Galgens am Herzen liegt, so darf es an freundnachbärlichen Liebesdiensten nicht fehlen. Was braucht „Väterchen"? Schätzbares Material, eine Zeile, so harmlos, wie ein Gevatterbrief, und er bringt den Empfänger in die Peters- und Paulsveste oder in den Todeszug der Verbannten. Bei den aus Berlin ausgewiesenen Russen sind Papiere beschlagnahmt worden, u. a. auch die des Bruders eines der Ausgewiesenen. Die preußische Polizei liefert diese Schriftstücke, trotzdem die Beziehungen zu den Freunden und Verwandten in Rußland rein privat, familiär, unpolitisch sind, an die zarischen Behörden aus. Wozu hat Rußland seine Gendarmen? Unschuldige junge Männer, meistens Universitätsstudenten, belastet dadurch, daß sie im Briefwechsel standen mit Leuten, die das konstitutionelle Preußen auswies, werden verhaftet. Und jedermann weiß, was die Einkerkerung in Rußland bedeutet, im besten Falle unsäglich schwere, lange, qualvolle Untersuchungshaft. Schon der Verdacht ist die Verurtheilung. Wir erheben auf das Allerentschiedenste Einspruch gegen diese kulturwidrigen Dienste, die dem barbarischen Despotenthum geleistet werden. Was hier geschah, ist ein Liebeswerk, woran noch Kritik zu üben, unsere Leser beleidigen hieße. Wird die preußische Regierung, nachdem dem Zarismus diese Opfer gebracht sind, auch ferner dulden, daß preußische Behörden sich zu derartigen Handlangerdiensten hergeben, die unwürdig sind eines gesitteten Gemeinwesens? Wäre das preußische Abgeordnetenhaus nicht ein kapitalistischer Klüngel, so hätte dieses die Pflicht, mit Thatkraft einzugreifen. Doch ihm blüht der Frühling einer Steuerreform, die den Junker mit neuen Vorrechten ausstattet und den Reichsunmittelbaren ihre Privilegien bestätigt. Feigen sind nicht vom Dornstrauch zu lesen. So muß das Volk vernehmlich zu den Herrschenden sprechen.

Unser Gewährsmann schöpft aus guter Quelle. Bestätigt sich seine Mittheilung, dann ist sein Urtheil sicher nicht zu scharf zugespitzt. Die preußische Regierung aber möge in ihrem eigenen Interesse sich amtlich über diese Angelegenheit erklären. Fordert nicht schon die vielberufene „Staatsraison" ein formelles Dementi? Je eher, desto besser. —

Die Sonntagsruhe im preußischen Eisenbahn-Güterverkehr, so kümmerlich ihre Anfänge waren, ist doch als der erste Ansatz zu sozialpolitischen Schutzmaßregeln bewillkommnet worden. Jedoch mit der Unternehmerschaft ist nicht zu spaßen, Herr Thielen hat ein williges Ohr für die beweglichen Klagen der Kapitalisten, und so kam es wie es kommen mußte. Die Schutzmaßregel wird auf einem kleinen, aber sicheren Umwege im Interesse der profitsüchtigen Industriellen und Händler wieder beseitigt werden. Wie die „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen" meldet, haben „die Maßnahmen zur Einführung der Sonntagsruhe im Eisenbahnverkehr so mancherlei Unzuträglichkeiten zur Folge gehabt, daß deren weitere Durchführung ernstliche Verkehrsstörungen besorgen ließ". Es ist den kgl. Eisenbahndirektionen „anheimgegeben worden, von denselben abzusehen, soweit die Verkehrsverhältnisse dies erfordern". Auf diese Weise wird der Sonntagsruhe der Garaus gemacht, wenn auch thatsächliche Gründe für den Rückschritt gar nicht angeführt werden. So mögen denn die Eisenbahnangestellten, schlecht bezahlt, straff überwacht und ausgenützt bis zum äußersten, fortfrohnden und die Sonntagsruhe als schönen Traum betrachten. Aber höher und höher steigt die Ziffer der Eisenbahnunfälle und die Erkrankungshäufigkeit und Sterbeziffer der Bahnproletarier. —

Zeugnißzwang gegen Setzerlehrlinge! In einem Preßprozeß, der dieser Tage vor der Strafkammer in Potsdam verhandelt worden ist, waren zwei Schriftsetzerlehrlinge als Zeugen vorgeladen worden, um über den Verfasser der betr. Artikel vernommen zu werden. In den „Potsdamer Nachrichten" war nämlich der Leichentransport vermittelst Hundewagen in Bornstedt gerügt, und wegen dieser angeblich unrichtigen Thatsache ein Verfahren vor dem hiesigen Schöffengericht anhängig gemacht worden. Es erfolgte jedoch Freisprechung, da der Beweis der Wahrheit im Hauptverhandlungstermin als erbracht erachtet war. In dem Referat über diese Schöffengerichts-Verhandlung wurde Pfarrer Dr. Pietschker scharf angegriffen, weil er im Termin erklärt hatte, ihm sei von einem derartigen Leichentransport auf einem Hundewagen niemals etwas zu Ohren gekommen. Die über den Verfasser befragten Zeugen verweigerten die Aussage, weil sie als Schriftsetzer, die mit dem Satz der Artikel zu thun gehabt, sich nach der Entscheidung des Reichsgerichts gegebenen Falls selber der Strafverfolgung durch ihre Aussage aussetzen würden. Der Gerichtshof beschloß, daß die beiden Lehrlinge gezwungen wären, über bestimmte Fragen Zeugniß abzulegen. Als die Lehrlinge hierauf auf die Frage, ob sie das Manuskript der Artikel gesehen und von wem dasselbe herrühre, ferner bei ihrer Verweigerung der Zeugnißabgabe beharrten, wurden sie, wegen unberechtigter Zeugnißverweigerung, in eine Geldstrafe von je 50 M. event. 10 Tage Haft genommen, wobei ihnen zugleich gesagt wurde, daß, falls sie bei ihrer Weigerung verblieben, ihnen eine Straferhöhung event. Haftstrafe bis zu 6 Monaten bevorstehe. Die Frage verlor hierauf ihre praktische Bedeutung durch eine Wendung in dem Prozesse. Der frühere verantwortliche Redakteur der Zeitung nämlich bezeichnete darauf den Herausgeber der „Potsdamer Nachrichten" als Verfasser, und wurde hierauf gegen Beide wegen Beleidigung auf Strafe erkannt. Die Preßfreiheit im Deutschen Reiche, von Haus aus schon ein bleichsüchtig-kraftloses Wesen, wird dank dieser rechtsgelehrten Richterdialektik bald ihren letzten Athemzug gethan haben. —

Ein Kartell in Dortmund. In der „Frankfurter Zeitung" liest man folgende Dortmunder Korrespondenz:

„Das Reichstagsmandat des Herrn Möller sollte bekanntlich wegen der Vorkommnisse in Hörde, wo man mit den Stimmzetteln unerhörten Unfug getrieben hatte, für ungiltig erklärt werden. Bei der bevorstehenden Ersatzwahl wird ein derartiger Unfug ausgeschlossen sein, da die Nationalliberalen, die Freisinnigen und die Zentrumsleute durch ihre Vorstände beschlossen haben, Stimmzettel von gleichem Papier und Format zu benutzen, die in einer Druckerei hergestellt werden sollen. Die Vorstände haben sich auch das Versprechen gegeben, in dem Wahlkampfe alles Persönliche zu vermeiden. Hoffentlich wird dieses Abkommen der Vorstände auch von den Wählern gehalten werden."

Wirklich, also jeder derartige „Unfug" wird „ausgeschlossen" sein. Hat die „Frankfurter Zeitung" denn in ihrer Freude über diese Uebereinkunft vergessen, daß 1890 Herr Möller mit dem Kandidaten der **Sozialdemokratie** in Stichwahl kam, daß dieser im ersten Wahlgang **10 422**, Möller 11 815 Stimmen erhielt, während in der Stichwahl der Nationalliberale 19 867, der Sozialdemokrat **17 014** St. erhielt? Eine verhängnißvolle Gedächtnißschwäche, die bei dem an sich nur zu billigenden Stimmzettel-Vertrag die **mächtigste Gegenpartei** einfach bei Seite läßt, sodaß die sozialdemokratischen Stimmzettel sofort als solche zu erkennen sind. Und so wäre der schmählichste Druck auf die wählenden Arbeiter, denen die Hungerpeitsche des brutalsten Unternehmerthums droht, erst recht erleichtert. Zwar gebietet nicht mehr Herr Massenez — sein Werk weiß weshalb — in Hörde, aber in seinem Geiste wird weiter gearbeitet. Der Wahlbeeinflussung ist Thür und Thor geöffnet, wenn unsere Genossen nicht dieselben Stimmzettel liefern können, wie die vereinigten Gegner. In der That, die Demokraten und Deutschfreisinnigen Dortmunds bekunden eine wahrhaft freiheitliche Gesinnung durch den Abschluß dieses Wahlbündnisses! —

Die öffentliche Gesundheitspflege darf nicht in Widerstreit gerathen mit großkapitalistischen Interessen, sonst wird sie ohne weiteres bei Seite geschoben. Aber die Mansfelder Gewerkschaft, deren Knappen zu kuppelfestem Patriotismus erzogen werden, ist eine so

---

einem „Aufruhr" ausarten konnte, beunruhigt, erließ der Gouverneur der Provinz den geheimen Befehl, daß der vorsitzende Richter und der Staatsanwalt die Sache beschleunigen und das Urtheil eiligst herbeiführen sollten. Die Formalitäten wurden in Bausch und Bogen schnell abthan, das Gerichtsverfahren mit furchtbarer Eile betrieben. Die Komödie nahte sich schnell ihrem tragischen Ende.

In der Stadt war es bekannt, daß der Urtheilsspruch am Donnerstag, dem fünften Tage der Verhandlungen, ausgesprochen werden würde. Die Erregung der Massen war derartig, daß die Behörden gegen einen etwaigen Ausbruch der Volksleidenschaft Maßregeln trafen. Die Gänge und Säle des Gerichtshofes waren mit Soldaten und Polizisten vollgestopft. Ein Bataillon Infanterie und eine Schwadron Kosaken wurden in dem Hofe des nebenan liegenden Museums unter Waffen gehalten. Die Polizeipatrouillen wurden verdoppelt.

Aber die Zahl derer, die den Platz umdrängten, hatte sich vervierfacht. Am Abend, nach Schluß der Werkstätten, gesellten sich noch Arbeiterhaufen zu ihnen. Die Polizei wußte, daß sie nicht stark genug sei, um diese ohne Feuerwaffen zurückzuhalten, und von denselben wollten sie nicht zu früh Gebrauch machen.

In dem Gerichtssaale selbst hatte das Aussehen des Publikums sich in diesen fünf Tagen bedeutend verändert. Durch Bitten und Drängen bei ihren hochstehenden Freunden und Verwandten wie auch durch gelegentliche Bestechung eines Wärters war es denen, die gerade fern gehalten werden sollten, gelungen, Zutritt zu erhalten. Sowohl Gefangene als Richter waren, wenn sie auf die Zuhörer blickten, erstaunt, daß sie nicht mehr so durchaus „achtbar" waren, wie zuerst. Neben hohen Beamten — von denen einige dick, andere mager, alle aber glatt rasirt waren, wie sich's für Beamte gehört, — unter mit Orden behängten Obersten und Generälen, die das unzweifelhaft loyale Element darstellten, konnte man Leute entdecken, deren Aussehen mehr neutral und hier und da Männer und Frauen, deren Loyalität aller Wahrscheinlichkeit nach von der verkehrten Farbe war.

In der zweiten Reihe trug die Frau des Gerichtspräsidenten — eine Dame von über allen Zweifel erhabener Loyalität — ein neues rauschendes Seidenkleid, ihre Juwelen, ihr eigenes pausbäckiges, glänzendes Gesicht zur Schau. Sie fürchtete sich schrecklich vor diesen Nihilisten und kam nur, weil ihr eine Freundin gesagt hatte, daß es so entsetzlich interessant werden würde. Sie fürchtete sehr, daß die gefangenen Frauen laut schreien und hysterische Anfälle bekommen würden, was ihre allzu zarten Nerven angreifen könnte. An der Seite dieser guten Dame konnte man ein Mädchen erblicken, in der man leicht an dem kühnen, ernsten Ausdruck des Gesichtes eine Nihilistin erkennen konnte, obgleich sie langes Haar und ein freilich nur zu diesem Zwecke entliehenes, ziemlich feines, blaues Seidenkleid trug. In den hinteren Reihen zeigten sich unverkennbare Nihilistengesichter, Studenten und kurzhaarige, unmodern gekleidete Mädchen. Das lockige Haupt und liebliche Gesicht der Warja Wennowna war unter ihnen sichtbar. Sie hatte von der Frau eines Gerichtsdieners ihr Billet bekommen. Um die schüchterne Frau zu gewinnen, hatte sie versprochen, im Falle einer Entdeckung zu sagen, daß sie es bei einem Besuche vom Tische genommen habe.

Der Gerichtshof zog sich um ½11 Uhr Nachts zurück, um in der doppelten Eigenschaft als Richter und Geschworene über die Schuld und die Strafe zu entscheiden. Erst um ½3 Uhr Morgens traten sie wieder ein. Aber nur sehr wenige von den Zuschauern hatten daran gedacht fortzugehen. Das Urtheil mußte bestimmt ausgesprochen werden. Sie wußten, daß sie in ihren Erwartungen nicht getäuscht werden würden, und je länger sie warteten, desto weniger fühlten sie sich veranlaßt fortzugehen. Der Gerichtshof konnte jeden Augenblick zurückkehren, und das Publikum wartete und wartete. Die Zeit schlich langsam dahin, die Luft in dem vollgestopften Saale war sehr schwül, da die Fenster sorgfältig verschlossen waren, um jede mögliche Verbindung zwischen dem Publikum drinnen und der draußen stehenden Menge zu verhindern. Dies verlieh dem ganzen Bilde noch mehr den Charakter der Erschöpfung und fieberhaften Spannung. Dazu das graue, trübe Licht des herannahenden Morgens, das den Gerichtssaal unheimlicher als sonst erscheinen ließ. Die sechs Kerzen in silbernen Armleuchtern gaben dem Richtertische ein düsteres, grabähnliches Aussehen.

Das dicht gedrängte Publikum war fast stumm, nur wenige diskutirten über den wahrscheinlichen Ausgang der Debatten, welche vermuthlich in dem Berathungszimmer der Richter zur gleichen Zeit vor sich gingen.

Von der Anklagebank her konnte die schweigende Menge ein Gesumme gedämpfter Stimmen vernehmen. Die Gefangenen wußten, daß man sie nach der Urtheilsfällung trennen und vor dem Tag der Hinrichtung nicht mehr zu einander lassen würde. Sie waren daher bemüht, die kurze Zeit, die sie noch zusammen zubringen durften, auszunützen. Nach ihrem ununterbrochenen und schnellen Gespräch zu urtheilen, schienen sie in bester Laune und nicht im Geringsten durch das ihnen bevorstehende Geschick niedergedrückt zu sein. Das Publikum konnte aber keinen von ihnen sehen, da sie alle sechs auf den Holzbänken saßen und von zwölf Gendarmen mit geschultertem Seitengewehr umgeben waren.

Die außerhalb des Gebäudes stehende Menge, welche von den schläfrigen und erschöpften Polizisten sich selbst überlassen wurde, war weder so ruhig, noch so geduldig.

Die unruhigsten Schichten der Bevölkerung hatten sich zusammengefunden. Ihr Sieg über die Polizei hatte sie erregt. Die nihilistischen oder richtiger gesagt die liberalen und fortschrittlichen Elemente waren stark vertreten. Als ein Theil der Menge, durch das lange Warten ermüdet, sich nach Hause begab, wurden die zurückbleibenden Elemente vor dem Gerichtsgebäude zusammengebracht. Viele die sich zufällig kannten, machten ihren Gefühlen im Gespräche Luft und zeigten dadurch, daß sie noch keine Verschworenen waren.

An einem Fenster zeigte sich ein Taschentuch. „Das Urtheil!" schrie eine Stimme in der Menge. Jedes Geräusch verstummte sofort und die Menge drängte sich mit erhobenen Gesichtern gegen die Fenster. Innen verkündete die Stimme eines Beamten, daß die letzte Szene der schamlosen Posse gespielt werde. Der Gerichtshof war im Begriff einzutreten und das Urtheil zu verlesen. (Forts. folgt.)

einflußreiche Unternehmergruppe, daß die Verschlechterung des Saale- und Elbwassers trotz alledem nicht in Betracht kommt. Durch Beschluß des Oberbergamts Halle a. S. ist der Einspruch gegen die Trockenlegung des Mansfelder salzigen Sees zurückgewiesen und der Mansfelder Gewerkschaft die Befugniß ertheilt worden, den See auszupumpen. Die Entschädigungsfrage soll durch ein besonderes Verfahren geregelt werden. Das heißt also, das Salzwasser des See's soll in die Saale und Elbe abgeleitet und damit das Wasser dieser Flüsse für den Gebrauch der Anwohner unbenutzbar gemacht werden. —

Ein Zugeständniß. In einer Auseinandersetzung mit deutschfreisinnigen Blättern wird in der „Kreuz-Zeitung" ausgeführt:

„Ein sehr großer Theil der Vergehen und Verbrechen gegen das Eigenthum ist auf Noth zurückzuführen. Der sozialdemokratische „Vorwärts" sucht in seinem Bestreben, die gegenwärtigen Gesellschaftszustände als schlecht hinzustellen, sogar fast alle derartigen Vergehen als der Noth entsprossen hinzustellen, um sie zu Anklagen gegen den „Bourgeois-Staat" zu verwerthen. Der materialistischen Gesellschafts- und Moralitäts-Auffassung des „Vorwärts" huldigen wir nicht, dennoch bleibt unser obiger Satz richtig. Man sieht das klar in Theuerungs- und Nothstandszeiten, wo sofort die Zahl der Vergehen gegen das Eigenthum erheblich wächst. Viele Menschen würden niemals fremdes Eigenthum antasten, wenn nicht Hunger und Noth sie dazu trieben."

Zu dieser Einsicht gelangt das Junkerblatt in einer Polemik über den Antheil der Juden an Verbrechen. So kostet in seiner Herzensnoth der lutherische Reaktionär vom Baume der sozialen Erkenntniß. Natürlich gilt der Lehrsatz, dessen Richtigkeit unbestritten ist, nicht blos bei antisemitischen Plänkeleien, — auch im Kampfe gegen die künstliche Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel, waran die Parteigenossen der „Kreuz-Zeitung" in erster Reihe die verhängnißvolle Schuld tragen. Wer durch Brotzölle das Elend der Masse verschärft, züchtet Verbrecher. —

Die Bauernbewegung in Süddeutschland, vornehmlich in Bayern, wo die Landleute dem Zentrum haufenweise die Freundschaft kündigen, offenbart den Zerfall der bisher herrschenden Parteien und die Wirksamkeit der sozialen Bewegung. Die „National-Zeitung", tiefe Wehmuth im Herzen, erklärt denn auch: „Was aus all diesem trüben Gischt einer leidenschaftlichen Erregung ökonomisch und politisch als Resultat sich abklären wird, ist zur Zeit nicht zu sagen. Wir fürchten nur das Eine: Der Sturm, der maßlose, nie zu erfüllende Forderungen immer weiter anfacht, wird schließlich, sobald die unausbleibliche Enttäuschung noch hinzutritt, breite Massen mißleiteter Bevölkerungsschichten ins Lager der Sozialdemokratie hinübertreiben, deren demagogische Agitation, von angeblich „konservativen" Agrariern angewendet, jetzt schon Triumphe feiert." Wir zweifeln nicht daran, daß das Landvolk sich der Arbeiterpartei zuwenden wird, da nur diese seine Interessen vertritt, während die verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie es bisher über den Löffel barbiert haben. —

Nachklänge zum Saarbrückener Streik. Im Prozeß Warken, der am 10. April verhandelt wurde, beantragte der Staatsanwalt wegen Aufforderung zum Ungehorsam 15 Monate, wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten 15 Monate und als Gesammtstrafe 2 Jahre Gefängniß. Das Gericht sprach Warken wegen der ersten Anklage frei und verurtheilte ihn aus § 130 zu vier Monaten Gefängniß, wovon 6 Wochen als durch die Untersuchungshaft verbüßt gelten. Knappenschutz ins Borussische übersetzt bedeutet: Massenentlassungen, Verbote, Untersuchungshaft, Strafprozesse, Brotlosigkeit und Kerker. So wird der „staatliche Musterbetrieb" von den Staatsarbeitern immer heißer geliebt, die Zufriedenheit wird überschwänglich werden, und der Rest ist — die Reichstags-Wahl. —

Die „Volks-Zeitung" versucht in Sachen der bürgerlichen Demokratie fortzuflunkern. Ihre Unehrlichkeit liegt offen zu Tage, da sie zwar aus dem Zusammenhang eine Stelle unserer Notiz herausgerissen, wohlweislich aber das, worauf es ankommt, unseren Nachweis nämlich, daß keine „bürgerliche Demokratie", die diesen Namen verdient, mehr existirt, ihren Lesern unterschlägt. Wir überlassen das ehrenwerthe Blatt seinem Stöckergewerbe. —

Freiherr von Soden, Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, der augenblicklich auf Urlaub in Nürnberg weilt, erklärte, den „Hamburger Nachrichten" zufolge, über seine Politik und Verwaltung stehe jedem das Urtheil frei, aber der Vorwurf seiner Bereicherung durch Landaukauf sei Verleumdung. Da wir diese von der „Vossischen Zeitung" veröffentlichte Nachricht verzeichnet haben, nehmen wir selbstverständlich auch von der Erklärung Soden's Akt. Wer recht hat, muß sich ja in Bälde entscheiden. —

Schweizerisches. Das Initiativbegehren des Volkes des Kantons Schaffhausen, betreffend die Wiedereinführung der Todesstrafe (veranlaßt durch einen dreifachen Mord im Dorf Lohningen) wurde in der am 10. April stattgehabten kantonalen Volksabstimmung mit großer Mehrheit (4920 gegen 1182 Stimmen) angenommen. Das souveräne Volk hat gesprochen, und sein Entscheid ist kulturwidrig. Aber in der Schweiz vermag die Minderheit für ihre Ansicht mit Erfolg zu wirken. Hoffen wir, daß der rückschrittliche Beschluß recht bald dank einer entschlossenen aufklärenden Gegenbewegung wird beseitigt werden. —

Belgische Wahlrechts-Reform. Aus Brüssel drahtet „Herold" unterm 11. April: „Die Arbeitervereinigung hat beschlossen, die auf der Genter Sozialistenversammlung gefaßten Beschlüsse ebenfalls zu akzeptiren und die Arbeit niederzulegen, falls das allgemeine Stimmrecht nicht zu erlangen sein sollte. Heute soll eine große Kundgebung vor dem Parlamentsgebäude zu gunsten des allgemeinen Wahlrechtes stattfinden. Das Militär ist deshalb konsignirt." —

Die belgische Repräsentantenkammer hat heute mit 115 gegen 26 Stimmen den Antrag Janson zu gunsten des allgemeinen Stimmrechts mit der Wahlberechtigung vom 21. Lebensjahre an abgelehnt. Drei Deputirte enthielten sich der Abstimmung. — Wer kann Feigen von den Disteln ernten! —

Frankreich. Der Präsident Carnot hat den vor einiger Zeit wegen Verrathes des Melinitgeheimnisses zu mehrjähriger Haft verurtheilten Erfinder des Melinits, Turpin, begnadigt. Angeblich soll eine neue Skandalgeschichte enthüllt werden; der frühere Minister Freycinet habe mit Turpin über seine Freilassung verhandelt. Nähere Nachrichten liegen noch nicht vor. —

Die Pariser Gemeinderaths-Wahlen werden am 16. April stattfinden. —

Pfaffenfanatismus. In Utrecht — Holland — ist eine Schauspielergesellschaft, welche ein Passionsstück spielte und die Leiden Christi auf der Bühne zur Darstellung brachte, vom Pöbel (mit und ohne Glacéhandschuhe) gelyncht worden. Die Aufführung ist, wie wir in Brüssel, wo das Stück von derselben Gesellschaft regelmäßig aufgeführt wird, aus eigener Anschauung uns überzeugen konnten, wahrhaft meisterlich, und der Text ist nichts weniger als tendenziös. Das Stück hält sich ganz im Rahmen der biblischen Ueberlieferung und ist dem Ammergauer Passionsspiel an poetischem Werth entschieden überlegen. Die belgischen Pfaffen aber hetzen schon seit Monaten gegen die „Blasphemie", und jetzt endlich ist es der frommen Sippe gelungen, einen Exceß zu provoziren. An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! —

Die Gladstone'sche Homerule zeitigt merkwürdige Früchte. Seit das Haupt der englischen Regierung die Gemeinschädlichkeit des Kapitalismus verkündet und angeklagt hat, ist die deutsche Geldsackspresse, die Gladstone bisher freundlich gesinnt war, ihm plötzlich spinnefeind geworden, und sie tadelt Alles, was er thut und spricht. Das war zu erwarten. Fast interessanter noch als dieser Umschwung ist die Haltung der sogenannten staatserhaltenden Parteien in England. Nicht genug, daß die Konservativen, diese Stützen des Throns und Altars, offen das Recht, ja die Pflicht der Rebellion gegen die Regierung proklamirt haben, beginnen Offiziere der englischen Armee die Rebellion schon in das Gebiet der Praxis überzuführen und stellen sich den „Männern von Ulster" für die in Aussicht stehenden Kämpfe bereits zur Verfügung. Hoffentlich hat der alte Gladdy den Muth, kräftig einzugreifen, und mit den aristokratischen Offizierchen kurzen Prozeß zu machen. Für jeden Fall haben wir einen neuen und sehr lehrreichen Beitrag zur Naturgeschichte der konservativen Gesetzesliebe. Die Herren Konservativen — und zwar aller Länder — betrachten das Gesetzemachen als ihr Monopol, und das Gesetzebefolgen als etwas, das nur für das gemeine Volk gilt. Werden Gesetze gegen ihren Willen und gegen ihre Interessen erlassen, so hört die Obrigkeit im Nu auf, von Gott eingesetzt zu sein, und halten sie sich des Gehorsams für entbunden. In England und anderwärts wird man sich das merken, und den Herren gelegentlich die Konsequenzen ihres Handelns ad oculos demonstriren. Die Waffen, welche die englischen Konservativen jetzt schmieden, werden sich gegen sie wenden, und die konservative Rebellion wird zur sicheren Folge haben, daß die englische Regierung weiter getrieben wird, als sie beabsicht. —

Ueber die zweite Lesung der Homerule-Vorlage berichtet Wolff's Telegraphisches Bureau unterm 10. April:

Bei der Debatte über die zweite Lesung der Homerule-Bill bekämpft Joseph Chamberlain, das Haupt der unionistischen Liberalen, d. h. der Hypothekenbankiers u. s. w., die Vorlage energisch. Er glaube, das englische Volk sei der irischen Frage überdrüssig. Dasselbe wäre wohl bereit, die Bill anzunehmen, wenn dadurch die Frage endgiltig gelöst würde. Macarthy, der Führer der antiparnellitischen Iren, erklärt, es sei eitel zu hoffen, daß das wachsende Nationalitätsgefühl in Irland durch Palliativmittel beseitigt werde. Er glaube, das irische Volk werde mit der vorliegenden Homerule-Bill zufrieden sein, indeß enthalte die Vorlage einige Punkte, die er und seine Freunde zu verbessern versuchen würden. Mit den finanziellen Bestimmungen seien sie nicht zufrieden. Was aber das Prinzip der Vorlage anbelange, so nähmen er und seine Freunde dasselbe als eine Lösung der Gesammtfrage. Wenn auch eine Zeit kommen dürfte, welche eine Veränderung der Verfassung erheischen würde, so glaubten die irischen Deputirten doch, daß die Vorlage, soweit dies vorauszusehen möglich, eine endgiltige Lösung der Frage sei. —

Schwindel. Ein Verrückter läuft hinter dem Wagen des Königs von Portugal her und schwingt seinen Stock, flugs depeschirt Wölffchen über Paris — „Gott! die Börse ist so empfindlich für derlei!" —, auf den König sei geschossen worden, die Kugel habe aber nicht getroffen. Natürlich muß Wölffchen dann sich selber Lügen strafen. So wird's gemacht. Vielleicht schenken die Portugiesen ihrem Gekrönten einen kugelsicheren Dowe-Panzer, den Stock des „Attentaterichs" aber gebrauchen sie für die — Erzeuger von Schwindelnachrichten. —

Der 1. Mai werde auf dem nächsten internationalen Kongreß zu schweren Streitigkeiten führen — das ist die neueste Hoffnung unserer Gegner. Auch sie wird nicht in Erfüllung gehen. Der Pariser Kongreßbeschluß, welcher den 1. Mai begründete, setzt nämlich auch fest, daß jedes Land für sich selber über die Art der Feier entscheidet. Da in bezug auf den 1. Mai selbst keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit obwaltet und nur über die Art der Feier die Ansichten der verschiedenen Länder auseinandergehen, so ist also jegliche Differenz auf dem Kongreß von vornherein ausgeschlossen. —

Parteinachrichten.

Gegen die Militärvorlage erklärte sich ferner eine Versammlung in Niendorf (Ref. Reichstags-Abgeordneter Molkenbuhr).

* * *

Maifeier. In Steglitz bei Berlin wird am 30. April ein Gartenfest und am 1. Mai eine Versammlung abgehalten.

* * *

Von der Agitation. Gegen 120 Parteigenossen aus Elberfeld vertheilten am Sonntag Bebel's Rede über den Zukunftsstaat sowie andere Schriften in der Gegend von Dönberg, Ibach, Langenberg, Nierenhof, Kupferdreh, Hattingen Land und Neviges. Die Vertheilung der Schriften ging flott von statten und fast überall fanden die Genossen freundliche Aufnahme.

* * *

Ueber die Vorstandswahl in der Generalversammlung der Berliner freireligiösen Gemeinde regalirte ein Reporter die bürgerliche Berliner Presse mit einer nicht üblen Ente. Aus dem Umstand, daß von Mitgliedern der Freireligiösen Gemeinde, die doch alle das Recht haben, als Vorstandspersonen vorzuschlagen wen sie wollen, angeblich Sozialdemokraten — Namen werden soviel wie gar nicht genannt — als Gegenkandidaten des bisherigen Vorstandes aufgestellt wurden oder aufgestellt worden sein sollen, schließt die bürgerliche Presse, daß die sozialdemokratische Partei die Hand im Spiele gehabt habe, und nun, da die Gegenkandidaten nicht gewählt worden seien, eine Niederlage erlitten hätte. Folgt die amüsante Flunkerei, daß mit der Wiederwahl des alten Vorstands der Freireligiösen Gemeinde den Sozialdemokraten die Aussicht genommen sei, das über 40 000 M. betragende Vermögen in ihre Hände zu bekommen. Wenn die bürgerliche Presse wüßte, wie gleichgiltig die sozialdemokratische Partei die „freireligiöse Bewegung" betrachtet, so würde sie sich hüten, durch Verbreitung von Notizen wie der erwähnten uns vergnügte Augenblicke zu bereiten. Wissen könnte das die bürgerliche Presse freilich, denn oft genug ist erklärt worden, wie hiermit wiederum geschieht, daß der sozialdemokratischen Partei das Pfaffenthum des Atheismus nicht sympathischer, sondern ebenso unsympathisch ist wie die Geistlichkeit des Deismus.

* * *

Das Wurzener Stadtverordneten-Kollegium fährt fort, die Gemeinde-Angelegenheiten nach dem Grundsatze wirklicher Gerechtigkeit zu behandeln. Es beschloß, auf Antrag eines Parteigenossen, daß die städtischen Druckarbeiten künftig allen dort etablirten Buchdruckern der Reihe nach übertragen werden sollen. Ferner werden die amtlichen Bekanntmachungen künftig nicht nur in das nationalliberale „Wurzener Tageblatt", sondern auch in die sozialdemokratische „Wurzener Zeitung" und damit in beide Zeitungen eingerückt, die in Wurzen erscheinen. Da viele Einwohner Wurzens entweder nicht in der Lage sind, neben dem sozialdemokratischen Blatte das nationalliberale zu lesen, oder das letztere nicht halten mögen, so ergiebt es sich von selbst, daß die Veröffentlichung der amtlichen städtischen Bekanntmachungen in beiden Blättern im wohlverstandenen Interesse der Kommune Wurzen selbst liegt.

* * *

Auf der Landeskonferenz der Sozialdemokratie Oberösterreichs, die am 25. März in Linz tagte und von 38 Delegirten aus 14 Orten besucht war, wurde festgestellt, daß die sozialdemokratische Bewegung in Linz, Gmunden, Steyrermühl, Ischl, Schwertberg und Schärding gute Fortschritte gemacht hat, während sie in Weis, Ried und einigen anderen Orten schwer mit dem Druck der Fabrikanten, Kleinmeister und Pfaffen zu kämpfen hat. Von der gewerkschaftlichen Organisation ist die der Bürstenmacher am gefestigten; es sollen ihr sämmtliche in Oberösterreich beschäftigten Gehilfen dieses Gewerbes angehören; die Partei-Organisation, sowie die Gewerkschaften weisen respektable Mitgliederzahlen auf. Die Konferenz theilte die Organisation für Oberösterreich in 10 Bezirksorganisationen und bestimmte die sozialdemokratische „Allgemeine Zeitung" in Salzburg zum korrespondirenden Organ für Oberösterreich. Zum Delegirten für den in Zürich stattfindenden internationalen Arbeiterkongreß wurde der Parteigenosse Lofert aus Salzburg gewählt.

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Wegen Beleidigung der Gelsenkirchener Polizei in vier Fällen und wegen Vergehens gegen § 130 des Strafgesetzbuchs verurtheilte das Landgericht in Essen den Redakteur Alois Kuth von der „Bergarbeiter-Zeitung" zu einer Gesammtstrafe von 8 Monaten Gefängniß, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängniß beantragt. Der Antrag Kuth's, ihn vorläufig aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt.

— Vom bayerischen Versammlungs„recht". (Ein Stilleben.) Die Regensburger Sozialdemokraten wollten am 2. April in dem Dorfe Schönhofen eine Volksversammlung abhalten. Ein Lokal war nicht zu bekommen; der Wirth den man darum anging, erklärte, er könne keine Tanzmusik mehr abhalten, wenn er den Rothen sein Lokal überliebe, und so beschloß man, die Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Das Terrain dazu stellte ein in Schönhofen ansässiger Parteigenosse zur Verfügung und nun wurde, nachdem der Bürgermeister die Anmeldung bescheinigt hatte, bei der zuständigen Behörde, dem Bezirksamt, die Eingabe um Genehmigung der Versammlung eingereicht. Das Bezirksamt — dessen Chef, der Bezirksamtmann Schmid, Versammlungen unter freiem Himmel „prinzipiell" nicht genehmigt — verbot die Versammlung auf grund des Vereinsgesetzes, das am 26. Februar 1850 das Licht dieser von den verd - Demokraten durchwühlten Welt erblickte. Selbstverständlich gab man sich mit dem Entscheid des Bezirksamts nicht zufrieden, sondern beschwerte sich darüber bei der Regensburger Regierung. Diese erklärte das Verbot der Versammlung für „gerechtfertigt", unter anderem weil „nach dem „eigenen Vorbringen" des Beschwerdeführers mindestens ein Theil der Einwohner von Schönhofen mit der Abhaltung einer sozialdemokratischen Versammlung überhaupt und demnach auch mit den sozialdemokratischen Bestrebungen durchaus nicht einverstanden sei, daß daher durch eine unter freiem Himmel, d. h. vor aller Augen stattfindende derartige Versammlung zweifellos Aergerniß erregt würde und durchaus nicht ausgeschlossen wäre, daß dieses Aergerniß in öffentlichen Kundgebungen zu Tage trete."

Mit dieser Erklärung in der Tasche gingen noch am selben Tage zwei Parteigenossen nach Schönhofen, um zum Zwecke der Beschaffung eines Versammlungslokals Rücksprache mit dem Besitzer einer Scheune zu nehmen, damit dem Bezirksamt gezeigt werde, daß sich Sozialdemokraten nicht verblüffen lassen. Beim Bürgermeister, der zugleich Gastwirth ist, kehrten sie ein; der erzählte ihnen, daß er telegraphisch zum Herrn Bezirksamtmann nach Stadtamhof berufen sei. Dort ist nun, wie die „Fränk. Tagwacht" berichtet, dem Bürgermeister bedeutet worden, daß er der größte Sozialdemokrat sei, sonst hätte er sich nicht unterstehen können, sozialdemokratische Versammlungen zu genehmigen. Der Herr Bezirksamtmann erkundigte sich eingehend, wer von den Rothen da war, wo die Herren eingekehrt seien, was sie gesprochen, gegessen, getrunken, wie sie sich benommen hätten und wie sie hießen. Der arme schwer bedrängte und gekränkte Bürgermeister legte eine umfassende Beichte ab, konnte aber unglücklicher Weise von den verd— Rothen nur Lobenswerthes und Ehrenhaftes sagen; hierauf wurde er denn mit dem Trostworte, daß er noch eine Disziplinarstrafe zu erwarten habe, ungnädig entlassen. (Sein Verbrechen bestand darin, daß er unterlassen hatte, den Gemeinde-Ausschuß zusammen zu trommeln, um dadurch das Bezirksamt durch sofortige Verweigerung der Genehmigung zur Versammlung nicht zu behelligen.) — Am zweiten Feiertag darauf zogen etliche 16 Genossen von Regensburg in geschlossenem Trupp, die Dörfer gründlich mit geistiger Speise versorgend, nach dem Schauplatze Schönhofen und ließen es sich dort unter Bewachung von drei Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonnett wohl sein. Da die Scheune zur Abhaltung der Versammlung für geeignet befunden wurde, so erfolgte sofort die Anzeige beim Bürgermeister und der gute Mann hatte nichts Eiligeres zu thun, als jetzt seinen Ausschuß unter Assistenz des Lehrers und Pfarrers zusammenzuholen, die dann das Verdikt beschlossen: die Anzeige wird bestätigt, allein die Abhaltung der Versammlung wird verboten, da die Scheune „feuergefährlich" ist. Selbstverständlich bieten die Genossen dem Lehrer die Antwort nicht schuldig, indem sie ihm bedeuteten, daß die Feuergefährlichkeit der Scheune ihn gar nichts angehe und eine Bewilligung nicht nothwendig sei, sondern nur eine Anzeigebestätigung. Sofort wurde beim Bezirksamt Anzeige und Beschwerde gegen die Ablehnung erhoben, allein auch das Bezirksamt verbot die Abhaltung der Versammlung unter der gleichen Begründung. Im ersten Falle ist Beschwerde an das Staatsministerium des Innern erhoben, im zweiten Falle Beschwerde an die k. Kreisregierung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 12. April.

Opernhaus. Der Freischütz.
Neues Theater. Pasantasena.
Deutsches Theater. Der Pfarrer von Kirchfeld.
Berliner Theater. Der Veilchenfresser.
Lessing-Theater. Die Bohème.
Wallner-Theater. Sodom's Ende.
Droll's Theater. Linda von Chamounier.
Residenz-Theater. Die beiden Champignol.
Adolph Ernst-Theater. Goldlotte.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Der Bettelstudent.
Thomas-Theater. „Gute Zeugnisse." „Wen man im Dunkeln küßt."
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
National-Theater. Die Hexe.
Alexanderplatz-Theater. Die Konfektioneuse.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Zum 11. Male:

Goldlotte.

Gesangsposse in 3 Akten v. **Ed. Jacobson** und **W. Mannstädt.**
Couplets theilweise v. **G. Görss.**
Musik von **G. Steffens.** In Szene gesetzt von **Adolph Ernst.** Anf. 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.

Novität! Novität!

Der Dussel

(Nulpus)

Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.

(Klemm-Ede . . Martin Bendix.)

Alfred Bender

in seinem neuesten Originalvortrag

Der Volksmund in Berlin.

Blank, der beste Bauchredner. Anhaltender Erfolg.

Die Trockenwohner.

Castan's Panopticum.

Große Ausstellung.

Akka-Zwerginnen.

Neue Illusion: Lotosblume.

Andere Illusionen.

Fantoche-Theater.

Castan's Irrgarten. Schreckenskammer.

Passage-Panopticum.

Im Theater-Saal:

Neu!

Lebende Bilder.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.

Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Patzenhofer Lagerbier,** hell und dunkel. An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten 2c.

Empfehle in meinem neu eingerichteten **Restaurant für Klubs etc.** große und kleine **Vereinszimmer.**
Schultheiß-Bier à Glas 10 Pf.
Gute Weine 20 Pf. 4012L*
Gerichtstr. 2, an der Grenzstraße.

Jeden Mittwoch 3261b
frische Grützwurst
C. Laeske, Schlächtermstr., Oranienstr. 2a

Circus Renz.

(Karlstraße.)

Mittwoch, den 12. April,
Abends 7¼ Uhr:

Gala-Vorstellung

zum Benefiz der Gebrüder Lee.

Ein Künstlerfest.

Große Ausstattungs-Pantomime.

Neue Einlagen mit überraschenden Licht- u. Wassereffecten. Ballet von **100 Damen. Glänzender Blumencorso. Grosses Brillant-Feuerwerk.**

Außerdem: **Mr. James Fillis** mit dem Schulpferde **Markir. Gr. Trempling-sprung des Benefiziaten Lavater Lee über 30 Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett.** Auftreten der 8 Benefiziaten als musikalische Clowns 2c.

Morgen, Donnerstag, Abends 7¼ Uhr: **Ein Künstlerfest.**

Sonnabend: **Benefiz der Schulreiterin Frl. Clotilde Hager.**

Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.

Fr. Renz, Direktor.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.

Große Spezialitäten-Vorstellung

Vollständig neues Programm.

J. Thaler, Kopfequilibrist, Schnellzeichner.
Geschwister Wager, Schwerter-Kämpferinnen.
Truppe Marnitz-Gasch, Marmor-Tableau.
Henry Bender, Gesangshumorist.
Truppe Volter, Excentrics comic.
Mr. Henry, Jongleur auf der rollenden Kugel.
Max und Lilly Gläser, Gesang-Duettisten.
Brothers Gasch, Akrobatische Clown.

Anfang: Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Roh-Tabak

A. Goldschmidt, 3806L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Geringer Verdienst! **T. M. Retzlaff,** Großer Umsatz!
Brückenstr. 6 (Jannowitzbrücke).
Betten-, Bettfedern- und Daunen-Handlung
En gros. En detail.
Spezialität:
Mikado-Federn und Daunen.
Theilzahlung gestattet!
Bettenreinigung
mit Dampfbetrieb.

Zum Arbeiter-Freund.

Grösster

Kleiderbazar

der Neuzeit.

Siegfried Bornstein

rothe 201 **Oranienstr.** 201 rothe

eleganteste, billigste und beste Bezugsquelle für

Herren- u. Knaben-Garderobe.

Maassbestell. ohne Preiserhöhung.

Besichtigung meiner großen Läger jedermann gestattet. 3889Z*

201. Oranienstraße 201.

Möbel-Magazin

R. Schmidt,

Veteranenstraße 15

auch **Theilzahlung.**

Stets gebrauchte Möbel auf Lager. Auch ist daselbst ein Pianino billig zu verkaufen. Kindermöbel, größte Auswahl.

Gardinen-Fabrik.

Großes Lager gestickter und engl. Tüllgardinen, Stores, weiß und crême. Große Auswahl in Sopha-, Tisch- und Bettdecken, auch im Einz. zu den billigsten Fabrikpreisen.
E. Knape aus **Eutzsch** in Sachsen,
Berlin N.,
22 Brunnenstraße 22, 1 Tr.

Zimmer für große und kleine Vereine Veteranenstr. 19. 3930b*

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Vater, der Schriftgießer 3259b

Albert Müller

in seinem 70. Lebensjahre verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Nachmittag 5 Uhr vom Urban aus nach dem neuen Luisenkirchhof in Britz statt.

Die Hinterbliebenen.

Danksagung. 3254b

Allen Freunden, Verwandten und den werthen Kollegen, sowie dem Gesangverein „Gemüthlichkeit", welche meinen lieben Mann ein ehrenvolles Geleit auf seinem letzten Gange gegeben haben, sage ich meinen herzlichsten Dank. Insbesondere danke ich den Herren Kollegen für die thatkräftigste Unterstützung während seiner langen Krankheit.

Wittwe **Marie Maiwald**
nebst Kindern und Schwiegersohn.

Danksagung.

Sage hiermit allen Freunden und Genossen für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes, des Tischlers **Carl Uestler,** meinen herzlichsten Dank.

Die trauernde Wittwe
3268b] nebst **Tochter** und **Bruder.**

Die verläumderische Aeußerung, die ich gegen die verehelichte Maurer Schwarz geb. Manthey ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für eine sittsame Person. 40319

Verehelichte Maurer Anna Pieske
geb. Sommer.

Den Parteigenossen u. Kollegen zur gefl. Kenntnißnahme, daß ich **Invalidenstrasse 5,** Ecke der Ackerstraße, eine

Volksbuchhandlung

eröffnet habe. Alle gangbaren sozialpolitischen Werke, gediegenste populärwissenschaftliche Werke, schöngeistige Literatur, Erkenntnißschriften, billigste Klassiker-Ausgaben, Reclam's Universal-Bibliothek, Meyer's Volksbücher, Kollektion Speemann, Hartleben, Engelhorn, Wissen der Gegenwart, Sacher-Masoch, Fachliteratur für Lithographen u. Steindrucker 2c. halte stets auf Lager. Alle Bestellungen werden prompt ins Haus geliefert. Mit soz. Gruß
3253b **B. Simonssohn.**

Badesalz

in Säcken von 200 Pfd. 4,— M., von 100 Pfd. 2,50 M., von 50 Pfd. 1,50 M. für Berlin frei ins Haus, nach außerhalb frei ab hier gegen Nachnahme. 39432*

Niederlage der Staßfurter Salzwerke.
Berlin SW., Lindenstr. 12.

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Frühjahrsmänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. [3710L*
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

G. M. Hartmann,

Berlin N., Pankstr. 45.

feinste Qualität **Werkzeuge, Eisenwaaren, Haus- u. Küchen-Geräthe, Lampen etc.**
zu billigen Preisen. 3832L*

M. Samolewitz

28 Fehrbellinerstraße 28.
Schuhwaaren.
Arbeiter-Garderoben.

Mein Geschäft besteht seit dem Jahre **1877** und ist in Arbeiterkreisen durch seine Reellität weithin bekannt. 3942Z*

Verkauf nur unter Garantie der Haltbarkeit. Billigste Preise.

M. Samolewitz.

Pfandleihe G. Meyer, Wienerstraße 1/6, verk. Kleidungsstücke, gold. und silb. Uhren billig. 3054b*

Arbeitsmarkt.

Schuhmacher auf gute Herren- und Damenarbeit verlangt
Riebisch, Barutherstr. 6.

Plätterinnen auf Stehkragen, Umlegkragen verlangt bei höchstem Lohn, auch Wochenlohn 3259b*
A. R. Freyer, Georgenkirchstr. 24.

Wäscherin und Plätterin auf Steh- und Umlegekragen in und außer dem Hause verlangt 3268b
Neumann, Zionskirchplatz 10, 4 Tr.

* Ein gewandter junger Mann (Parteigenosse) sucht an einer Arbeiterzeitung Stelle als **Redakteur.** Offerte unter S. D. bef. die Exped. des „Vorwärts".

Sozialdemokr. Partei-Versammlung

für den 2. Berl. Reichstags-Wahlkreis

am **Freitag,** 14. April, Abends 8 Uhr, in der **Bock-Brauerei**
(Tempelhofer Berg).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **A. Gerisch.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zur Parteikonferenz für die Provinz Brandenburg. 4. Die Maifeier resp. Wahl eines Festkomitees. 5. Wahl der Preßkommission. 345/5*

Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.

Zahlreiches Erscheinen der Genossen erwartet

Die Vertrauensperson.

Berliner Streik-Kontrollkommission.

Sonntag, den 16. April, Vormittags 10½ Uhr,
im Feenpalast, St. Wolfgangs- u. Burgstraße-Ecke:

Große öffentl. Volksversammlung

Tagesordnung:

1. Der Berliner Schneiderstreik und wie stellt sich die Arbeiterschaft Berlins denjenigen Firmen gegenüber, die bis jetzt die berechtigten Forderungen der Schneider nicht bewilligt haben. Referent Schneider **Aug. Täterow.**
2. Diskussion.

Um recht zahlreiches Erscheinen der Genossen ersucht

Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
274/5*] J. A.: **Hermann Faber,** SO., Grünauerstr. 6, Hof part.

Achtung, Schneider!

Morgen, **Donnerstag,** Abends 8½ Uhr bei **Polz** (ob. Saal), Alte Jakobstr. 75:

Sitzung der Geschäftsdelegirten.

Da sehr Wichtiges verhandelt wird, ist allseitiges Erscheinen dringend nöthig. 391/14

Weitere Geschäfte haben bewilligt: **W. Roman,** Leipzigerstr. 23. 1 Tr.; **H. Igel,** Unter den Linden 67; **Otto Stein,** Unter den Linden 67; **W. Geist,** Steinmetzstr. 59; **C. Scheffler,** Friedrichstr. 227; **A. Schurmann,** Schöneberg, Hauptstr. 4; **Weiss & Herzfeld,** Schöneberg, Hauptstr. 109; **E. Sankau,** Alvensslebenstr. 8; **Ch. Hirsch,** Kolonnenstr. 6; **C. Schneider,** Steinmetzstr. 26.

NB. Nächsten Sonntag: Versammlung im Feenpalast. Tages-Ordnung wird noch bekannt gegeben. **Die Agitationskommission.**

Achtung!

Schuhmacher, Filzschuh- Arbeiter und -Arbeiterinnen
Berlins und Umgegend.

Große öffentliche Versammlung

am **Donnerstag,** 13. April, Abends 8 Uhr, bei **Herfeld,** Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung: 155/14

1. Der Streik bei Buchholz, Lottumstr. 12. 2. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht sämmtlicher Kollegen pünktlich erscheinen. **Der Einberufer.**

Tapezirer.

Große öffentliche Versammlung

am **Donnerstag,** 13. April, Abends 8½ Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen** (ob. Saal), Kommandantenstraße.

Tages-Ordnung: 311/16

1. Die Bedeutung des Achtstundentages. Referent Genosse **Koblenzer.**
2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Große öffentliche Versammlung

der **Handlungsgehilfen und Gehilfinnen**
am Donnerstag, 13. April, Abends 6 Uhr,
in den Konkordia-Festsälen, Andreasstraße 64.

Tages-Ordnung:

1. **Handlungsgehilfe, Antisemitismus und Sozialdemokratie.**
Referent **Dr. Lütgenau.** 2. Diskussion. 188/12

Es wird ausgedehnteste Redefreiheit gewährt.

Jeder Kollege ist verpflichtet in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Vertrauensmann. Jul. Türk.

Achtung! **Achtung!**

Genossen aus den Kreisen Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda!

Donnerstag, den 13. April, Abends 8½ Uhr, in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstr. 77—79:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vertrauensmannes und der Revisoren, event. Neuwahl derselben. 2. Verschiedenes. 388/6

Bei der so wichtigen Tagesordnung ersucht um pünktliches und zahlreiches Erscheinen. **Der Vertrauensmann.**
Otto Greffe, Arndtstr. 17, v. 3 Tr.

Vortrag

des

Herrn Pfarrers **Sebastian Kneipp** aus **Wörishofen**
über: **Naturgemässe Lebensweise und die Heilkraft des Wassers für Damen und Herren.**

Mittwoch, den 12. April 1893, Abends 7½ Uhr, Konkordia-Festsäle, Andreasstr. 64. **Preise der Plätze:** Nummerirter Sitzplatz: Saal 3, 2, 1,50 M.; Balkon 2, 1,50 M.; Stehplatz 0,75 M.

Donnerstag, den 13. April 1893, Abends 7½ Uhr, Philharmonie, Bernburgerstr. 22a—23. **Preise der Plätze:** Nummerirter Sitzplatz: Saal 5, 4, 3, 2 M.; Saal-Logen 5, 4, 3 M.; Balkon-Logen 3 M.; Balkon 2 M.; Stehplatz 1 M.

Eintrittskarten sind zu haben bei: **J. A. Gross,** Juwelier, Friedrichstraße 97; **Schoppmeyer's Buchhandlung Nachfl.,** Französischestr. 34; **Otto Miehle Nachfl.,** Kaufmann, Andreasstr. 66, und bei folgenden Verkaufsstellen der Firma **Loeser & Wolff:** Alexanderstr. 1, Bellealliance-Platz 1, Friedrichstraße 132 (Ecke Karlstraße), Hackescher Markt 1, Jerusalemerstraße 58 (Ecke Kochstraße), Leipziger- und Friedrichstraßen-Ecke, Moritz-Platz (Ecke Oranienstraße 57), Potsdamerstr. 49 (Ecke Kurfürstenstraße), Potsdamerstr. 1a (Potsdamer-Platz), ferner bei der **Oekonomie,** Niederwallstr. 11, **Kerl's Buchhandlung,** Niederwallstr. 1, und an der **Abendkasse** von 6½ Uhr an.

NB. Eintrittskarten für sämmtliche Saal-Logen, sowie für Saal-Plätze zu 5 M. (Philharmonie), sind nur bei **J. A. Gross,** Juwelier, Friedrichstr. 97, zu haben.

Zur gefälligen Beachtung! Vom Reinerlös wird das Kinder-Krankenhaus in Wörishofen unterstützt, welches vom Herrn Pfarrer **Kneipp** zur Aufnahme von **armen** verkrüppelten, dem geistigen und leiblichen Siechthum verfallenen Kindern, sowie zur Aufnahme **armer** Lupus-Kranken, **ohne Unterschied der Religion,** gegründet und zur Erhaltung fast nur auf milde Beiträge angewiesen ist.

Kneipp-Verein Berlin.
J. A. Gross, Friedrichstr. 97, Vorsitzender.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin, SW., Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 85. Mittwoch, den 12. April 1893. 10. Jahrg.

Lokales.

Den Parteigenossen des 6. Berliner Wahlkreises wird hierdurch mitgetheilt, daß laut Beschluß der öffentlichen Volksversammlung vom 9. April das Entree zur Maifeier von 30 auf **20 Pf.** ermäßigt worden ist.

Zum Submissionswesen. Der Bourgeois-Charakter des Staats und der Gemeinde tritt nirgends krasser zu Tage, als im Submissionswesen. Staat und Gemeinde stellen sich im allgemeinen bei Submissionen ganz auf den Standpunkt des Privatunternehmers, und erst jüngst ist im preußischen Abgeordnetenhause in rührendem Einverständniß von Nationalliberalen und Freisinnigen offen ausgesprochen, daß der Staat keinen anderen Standpunkt einnehmen dürfe. Treibt der Nothstand die Arbeiter dazu, sich zu mehr als Hungerlöhnen dem Unternehmer anzubieten, so dürfe beileibe nicht der Staat oder die Gemeinde einen besseren Lohnsatz gewähren, weil sie sonst die „Industrie“ schädigen, d. h. den Profit des Privatunternehmers und Spekulanten gefährden und der Herabdrückung des Lohnes eine gewisse Grenze aufzwingen. Der Bourgeoisie ist es schon an und für sich ein Dorn im Auge, wenn die Staatsverwaltung sich irgend eines Produktionszweiges, aus dem sich Profit schlagen läßt, bemächtigt. Langes und Breites wird über die Unfähigkeit des Staates oder der Gemeinde, irgend welche Arbeiten in die eigene Hand zu nehmen, geschrieben und gesprochen. Denselben Behörden, welche in jede Thätigkeit des Bürgers eingreifen und ihn auf Schritt und Tritt bevormunden zu müssen glauben, wird die Fähigkeit abgesprochen, irgend ein Unternehmen leiten zu können, ohne Vermittelung eines Privatunternehmers, der die Fettaugen davon abschöpft. Der Stadtrath ist wohl geeignet, als Aufsichtsrath die größten Privatunternehmungen zu leiten, aber die Fähigkeit, dasselbe Unternehmen im Dienste der Stadt zu leiten, wird ihm abgesprochen. Staat und Gemeinden überweisen also ihre Arbeiten an Privatunternehmer, und zwar, um angeblich ungerechte Bevorzugungen und Begünstigungen zu vermeiden, im Wege der Submission. Maßgebend ist hierbei die niedrigste Preisforderung und die Leistungsfähigkeit. Betreffs der letzteren wird von den kleineren Bewerbern eine Kaution verlangt, bei renommirteren Firmen aber auch von dieser Abstand genommen. Die Hauptsache ist der geforderte Preis. Da unterbietet denn ein Bewerber den andern; und da alle dennoch ihren Profit herausschlagen wollen, so erlangt schließlich derjenige den Sieg, welcher am besten die Kunst versteht, den Arbeiter bis aufs Blut zu schinden. Wird der Arbeiter vom Privatunternehmer so schon aufs äußerste ausgebeutet, so fällt diese Ausbeutung doch nirgends so grell in die Augen, als wo der Privatunternehmer auf dem Submissionswege „gemeinnützige“ Arbeiten auszuführen erhält. In den Vertragsbestimmungen ist keine Rücksicht auf die Arbeiter festgesetzt; der Unternehmer kann den Lohn herabsetzen so tief er will, und die Arbeitszeit ausdehnen, so weit er kann, weder Staat und Gemeinde setzen ihm andere Schranken, als es die allgemeinen Gesetze thun. Derartiges können nur Behörden und Verwaltungen „wilder“ Staaten thun, wie etwa der Pariser Gemeinderath, welcher die Vergebung städtischer Arbeiten an bestimmte Bedingungen zu gunsten der Arbeiter knüpft, oder der Londoner Grafschaftsrath, der die Arbeiten an Arbeitergenossenschaften vergiebt. In unserem „Kulturstaat“ ist davon keine Rede. Der Profit des Unternehmers ist das Allerheiligste, an dem nicht gerührt werden darf. Daß natürlich die Profitsucht, die den Arbeiter ausbeutet, es auch nicht zu gewissenhaft nimmt, ob sie den Staat oder die Gemeinde betrügt, ist selbstverständlich. Die Qualität der Arbeit und Arbeitsmaterialien mag noch so genau auf dem Papiere festgestellt sein, der Unternehmer findet Mittel und Wege, diese Bestimmungen zu übertreten und die Kontrolle zu hintergehen. Die Arbeiter werden gezwungen, zu den größten Betrügereien gegen den Staat und die Gemeinde hilfreiche Hand zu bieten. — Staats- und Gemeindeverwaltung scheinen keine Ahnung zu haben, wie gerade das Submissionswesen den Unwillen der Arbeiter hervorruft. Ist es aber nicht erklärlich, daß der von einem profitgierigen Submissions-Unternehmer bis aufs Blut ausgebeutete Arbeiter einen Theil seines Grolls gegen Staat und Gemeinde kehrt und diesen die Schuld an Zuständen beimißt, die bei etwas gutem Willen in maßgebenden Kreisen sehr wohl **schon heute** zu gunsten der Arbeiter beseitigt werden könnten?

Eine „Gesellschaft für vergleichende Rechts- und Staatswissenschaft“ hielt am 10. April in den Wilhelmshallen, Unter den Linden, eine Sitzung. Professor Dr. Warschauer aus Darmstadt hielt einen Vortrag über: „Die internationale Bedeutung des Sozialismus und seine praktische Verwendbarkeit.“ Die armen Tarmstädter Polytechniker, wenn sie in den anderen Lehrfächern keine besseren Lehrer haben. Was Unwissenheit und Gedankenverwirrung leisten können, brachte der Warschauer zu stande. Jeder offiziöse Sozialistenfresser könnte den Herrn Professor lehren. Das Wischwaschi, das der Herr Professor kürzlich über die Sozialdemokratie veröffentlicht hat, erregte schon das Gelächter seiner eigenen bürgerlichen Berufsgenossen.

Ahlwardt wird vom „**antisemitischen Volksverein Berlin**“, einem im Dunkel still sein Dasein fristenden Organisationchen der Rondauantisemiten, feierlich ich Acht und Bann erklärt. Er habe zu viele „taktische Fehler“ begangen. Der Verein schließt seinen Frieden mit Dr. **Böckel**, unter dessen Fahne müsse man fechten. Die kampfesfrohen Helden lassen denn auch „die ehrliche Volkspartei“ hoch leben. —

Eine öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen findet am Donnerstag, den 13. April, in den Konkordia-Festsälen statt, in welcher Dr. Lütgenau über das Thema: „Handlungsgehilfe, Antisemitismus und Sozialdemokratie“ referiren wird. Bei der großen Wichtigkeit dieses Themas weisen wir hiermit auf diese Versammlung hin und erwarten, daß alle Handlungsgehilfen, welche zielbewußte Genossen sind, sich an derselben betheiligen mögen.

Gewerbegericht. Bei der am Montag, den 10. April, erfolgten Eröffnung des **Gewerbegerichts** hierselbst war auf den Anmeldestuben ein außergewöhnlich lebhafter Verkehr. Es waren acht Beamte erforderlich, um die Entgegennahme der Klagen und Anträge zu bewirken. Ueber 80 Arbeitnehmer waren erschienen. Der erste Termin wird zu Anfang der nächsten Woche stattfinden.

Die für unsere Nachbarstadt Charlottenburg bedeutsame Nachricht, daß nach der polizeilichen Anmeldung der hunderttausendste Einwohner Charlottenburgs am 6. d. Mts. geboren ist, wird von der „Charl. Ztg.“ in einer besonderen Beilage verkündigt. Es ist ein Mädchen namens Frieda Elisabeth Agnes Werner, Tochter des Packetbriefträgers Werner, Kleiststraße 16. Dem Mädchen fällt eine von dem Stadtrath Töbelmann ausgesetzte Prämie von 300 M. zu. Bei der Volkszählung am 1. Dezember 1890 wurde in Charlottenburg eine Bevölkerung von 76 873 Köpfen gezählt gegen 42 871 am 1. Dezember 1885. In den letzten 2½ Jahren erhielt Charlottenburg also einen Bevölkerungszuwachs von 23 127 Köpfen = 30 pCt.

Vom alten Dom. Auch die zweite, gestern Vormittag versuchte Sprengung ist trotz der Anwendung einer viel größeren Quantität Dynamit **mißglückt**. Es wird uns darüber berichtet: Seit Montag Morgen waren 30 Mann der Eisenbahnbrigade unter Leitung des Majors Gerding mit den Vorbereitungsarbeiten beschäftigt. Es wurden im Ganzen in der Ruine des Domthurmes sowohl, als auch in dem daranstoßenden Kellergemäuer 24 Minen gelegt, zu welchen diesmal 150 Kilo Nobel-Dynamit genommen waren. Auch diesmal war die elektrische Batterie mit dem Leitdraht an dem Fuße der Museumstreppe aufgestellt worden; wir erwähnen, daß die Füllung der verschiedenen Minen keine gleichmäßige und je nach der Stärke des zu sprengenden Mauerwerkes mit 10—20 Pfund Dynamit gefüllt waren. Zum Verschluß waren 5 Pfund Stroh verwendet. Die Absperrungsmaßregeln waren infolge der eminent starken Ladung sehr strenge und viel umfangreicher als das vorige Mal. Der Befehl zur Sprengung wurde Punkt 10 Uhr durch ein Hornsignal gegeben. Eine Sekunde darauf ertönte eine dumpfe Detonation, die einen gewaltigen Luftdruck hervorrief; das kolossale Bauwerk stürzte jedoch nicht ein. Nur ein geringer Theil des nach dem Schloß und der Spreeseite belegenen Gemäuers hatte durch die Sprengung gelitten und war theilweise umgestürzt. Wie gewaltig aber der furchtbare Sprengstoff doch gewirkt, das zeigten auch die riesigen Staubwolken, die den Thurm und bald darauf das kaiserliche Schloß einhüllten. Das Innere des Thurmes war zerklüftet und wies klaffende Risse auf. Das Mißlingen dieser zweiten Sprengung scheint erklärlich, wenn man bedenkt, daß das Gewicht des zu sprengenden Domthurmes jetzt auf 200 000 Zentner geschätzt wird.

In Berücksichtigung der **großen Gefahr**, welche durch die Lockerung des Thurmes hervorgerufen ist, wurde die **Straße am Lustgarten**, sowie auch diese **Gartenanlage für den Verkehr abgesperrt**.

Die weiteren **Abrißarbeiten** des Domes sind bis auf erfolgte Niederlegung des Thurmes **polizeilich inhibirt worden**.

Der Domthurm ist um vier Uhr vier Minuten in sich selbst zusammengebrochen. Gegen vier Uhr bemerkten die im Innern arbeitenden Soldaten ein eigenthümliches Knistern und Knastern in dem Gemäuer, einzelne Mörtelstücke fielen ab, und die Risse im Mauerwerk erweiterten sich zusehends. Der Major Gerding, der noch am Platze war, um die Vorbereitungen zu der letzten Minenlegung zu treffen, bemerkte sofort die Gefahr und räumte den Thurm von seinen Soldaten. Etwa drei Minuten später neigte sich der Koloß ganz langsam nach der Spreeseite und brach dann unter mächtigem Donnerkrach zusammen. Eine Staubwolke, die Minuten andauerte, verfinsterte die ganze Gegend und ließ die Vorübergehenden eine Zeit lang über das Ereigniß im Unklaren. Ein haushoher Schutthaufen bezeichnet die Stelle, wo noch gestern Morgen das Mauerwerk dem Dynamit zu trotzen schien. Wie fest das Gemäuer gefügt war, beweisen zusammenhängende Klumpen von zwanzig bis vierzig Kubikmetern Inhalt. Da sich der Vorgang ganz unvorbereitet abspielte, so waren fast garkeine Zuschauer anwesend, und erst am Abend füllte sich der Platz mit Menschen, die vergebens den Thurm suchten und sich das plötzliche Verschwinden nicht erklären konnten.

Von seinem eigenen Bruder erschossen worden ist der 14jährige Gymnasiast Paul Jung, Pflegesohn des in der Müllerstraße 74 wohnenden Gastwirths Kleinschmidt. Der Knabe war ein Neffe des erwähnten Restaurateurs und aus Straßburg i. E. gebürtig, wo die Mutter des Kleinen mit einem älteren, 16jährigen Sohne noch wohnt. Während der Osterferien war der Pflegesohn des Restaurateurs zu Mutter und Bruder nach der Heimath gefahren und sollte am verflossenen Sonnabend nach hier zurückkehren. Statt dessen traf aber bei Herrn K. hier die Trauerbotschaft ein, daß sein Pflegekind durch einen entsetzlichen Unglücksfall das Leben verloren habe, von dem eigenen Bruder erschossen worden sei. Beide Knaben hatten am verflossenen Sonnabend mit einer Flinte, die ihrem verstorbenen Vater gehörte, sich beschäftigt, ohne zu wissen, daß die Waffe geladen war. Spielend hob der ältere Knabe die Flinte empor und richtete scherzend den Lauf derselben gegen den Jüngeren, als der Schuß loskrachte und Paul J. blutüberströmt zu Boden sank. Die Kugel war dem Unglücklichen durch den Kopf gedrungen und hatte den augenblicklichen Tod des Knaben verursacht.

Ein flüchtiger Tertianer hat seine Angehörigen in große Betrübniß versetzt. Der vierzehn Jahre alte Wilhelm P., der an der Königschaussee in Weißensee wohnte, hat einen ausgesprochenen Hang zu Abenteuern. Vorgestern entwendete er seinen Eltern die Summe von **viertausend Mark** und hat damit das Weite gesucht. Man vermuthet, daß er sich nach Amerika gewandt habe. Auch liegt die Möglichkeit vor, daß er in Gemeinschaft mit zwei anderen Schülern die Flucht angetreten hat. Bisher ist nichts über die eingeschlagene Richtung zu ermitteln gewesen.

Leichenfund. Im Jagen 31 der Jungfernhaide ist gestern Vormittag gegen 11½ Uhr die Leiche eines etwa 45 Jahre alten Mannes an einem Baum hängend aufgefunden worden. Der unbekannte Todte, der einen blonden Vollbart trägt, führte einen Zeugbeutel mit dem aufgedruckten Namen: „Jakob **Fasquel**, Charlottenburg 53“ mit sich. Vielleicht läßt sich mit Hilfe dieser Angabe die Persönlichkeit feststellen.

Der Mörder Walschke aus Spandau hat insofern ein Geständniß abgelegt, als er die That als solche zugiebt, verwahrt sich aber gegen die Auffassung, daß er einen Mord beabsichtigt habe. Er will nicht einmal die Absicht gehabt haben, Peschel vorsätzlich zu tödten, weiß aber schließlich selbst nicht anzugeben, was er denn vorgehabt habe; wenigstens hüllt er sich bezüglich dieses Punktes in Schweigen.

Auf dem neuen Jakobi-Kirchhofe in Rixdorf wurde am Montag die Leiche eines Mannes gefunden, der sich an einem Baume nahe der Kirchhofsmauer aufgehängt hatte. Der Selbstmörder ist als der Aktuar **Gundlach** rekognoszirt worden, der in einer Gerichtsschreiberei des Moabiter Kriminalgerichts beschäftigt war. Derselbe hat lediglich Hand an sich gelegt, weil er sich bei der jüngsten Anstellung von Diätaren übergangen glaubte. Der Selbstmörder hinterläßt eine junge Familie, die er ohne Anstellung nicht mehr ernähren zu können vermeinte.

Zwei Waldbrände am Sonntag und am Montag fanden in dem königlichen Forst zwischen Spindlersfeld und Neptunshain statt, wodurch ziemlich bedeutende Flächen Unterholz vernichtet wurden. Bei der trockenen Witterung brannte die Haide und das dünne Gestrüpp wie Zunder. Die Köpenicker Feuerwehr mußte zur Bewältigung der beiden Feuer ausrücken.

Geburten und Sterbefälle in Berlin. Die Geburtenziffer hat, wie sich aus dem Doppeljahrgang XVI und XVII (Statistik der Jahre 1889 und 1890) des „Statistischen Jahrbuches der Stadt Berlin“ ergiebt, den seit 1875 innegehaltenen abnehmenden Gang in diesen beiden Jahren fortgesetzt und ist auf einen Stand herabgegangen, der in diesem Jahrhundert nur für 1809, 1813, 1814, 1832, 1841, 1847 und 1848 notirt worden ist. Im Jahre 1890 betrug nämlich die Zahl aller in Berlin Geborenen nur 32,76 pro Mille der Bevölkerung, in den Jahren 1809, 1813, 1814, 1832, 1841, 1847, 1848 betrug sie bezw. 32,8, 32,8, 29,8, 32,88, 32,84, 31,90, 31,79 pro Mille der Bevölkerung. Daß die Geburtenziffer von 1890 bereits in die Nachbarschaft derjenigen der Jahre 1847 und 1848 gerathen ist, welche unter dem Zeichen der Lebensmittelteuerung und des Hungers standen, ist recht bezeichnend. Die Sterblichkeitsziffer des Jahres 1890 war dagegen dem Anscheine nach recht günstig. In diesem Jahrhundert hat sogar außer 1888 kein Jahr eine geringere Sterblichkeitsziffer aufzuweisen als 1890. Das „Statistische Jahrbuch“ weist jedoch, wie in früheren Jahrgängen, so auch diesmal wieder darauf hin, daß das Herabgehen der Sterblichkeitsziffer sich zum großen Theile aus dem Herabgehen der Geburtenziffer erklärt. (Die Kinder unter einem Jahre machen nämlich einen ziemlich bedeutenden Bruchtheil der Zahl aller Gestorbenen aus, in 1890 z. B. 404 pro Mille, d. h. über zwei Fünftel aller Sterbefälle.) Die Sterblichkeit großer Städte, so wird weiter ausgeführt, müßte überhaupt „infolge massenhaften Zuzuges von Personen der kräftigsten Altersklassen eine **unternormale** Sterblichkeit aufweisen“. Die wissenschaftlich berechnete, d. h. aus der Sterblichkeitstafel abgeleitete Sterblichkeitsziffer stellt sich denn auch für Berlin thatsächlich bedeutend höher, worauf das „Jahrbuch“ mit Nachdruck hinweist. Das Plus, welches sich dabei ergiebt, hat sogar, trotz einzelner Schwankungen, im allgemeinen **eine steigende Tendenz**. Soll man vermuthen, daß das an dem „massenhaften Zuzug von Personen der kräftigsten Altersklassen“ liegt? Man kann zu den „kräftigsten Altersklassen“ gehören und trotzdem für seine eigene Person infolge harter und langer Arbeit, geringen Lohnes und schlechter Ernährung einem frühzeitigen Tode verfallen.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Morgens wurde im Spree-Kanal an der Schloßbrücke die bereits stark verweste Leiche eines neugeborenen Kindes angeschwemmt. — In einem Kindergarderoben-Geschäft in der Großen Frankfurterstraße versuchte Vormittags eine Verkäuferin sich mittels Karbolsäure zu vergiften. Sie wurde noch lebend nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Vor dem Hause Wrangelstraße 19 fiel ein Drehorgelspieler in der Trunkenheit zur Erde und erlitt einen Bruch des Knöchelgelenks, so daß seine Ueberführung nach dem Krankenhause Bethanien erforderlich wurde. — Mittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung, in der Anklamerstraße, und Abends ein Schneidermeister in seiner Wohnung, in der Franzstraße, erhängt vorgefunden. — Vor dem Hause Wassergasse Nr. 4—5 fiel Nachmittags ein Kutscher von dem von ihm geführten, mit Steinen beladenen Wagen, gerieth unter die Räder und erlitt außer einer leichten Verletzung am Kopfe, einen Armbruch. Er wurde nach der Charitee gebracht. — Unter den Linden, gegenüber der Kaiser-Galerie, wurde ein Mädchen durch eine Droschke überfahren und so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charitee erforderlich wurde. — Auf dem Bahnhofe Weißensee warf ein Tischlergeselle sich vor die Lokomotive eines einfahrenden Zuges, so daß die Räder über ihn hinweg gingen und beide Füße vom Körper trennten; außerdem erlitt er eine bedeutende Verletzung am Kopfe. Er wurde noch lebend nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. — Abends fiel ein obdachloser Arbeiter vor dem Hause Möckernstr. 85 beim Besteigen eines in der Fahrt befindlichen Arbeitswagens zur Erde, wurde überfahren und am Oberschenkel so schwer verletzt, daß er nach der Charitee gebracht werden mußte. — In der Friedrichstraße, zwischen der Mittelstraße und der Straße Unter den Linden, gerieth ein Drahtbinder unter die Räder einer Droschke, wurde am Fuße bedeutend verletzt und mußte nach der Charitee gebracht werden. — Abends fand in der Wienerstr. 69 ein kleiner Brand statt.

Gerichts-Zeitung.

Interessante Streiflichter auf russische Zustände warf eine Verhandlung, welche gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Kaufmann **Ernst Kuntze** war beschuldigt, im September 1887 während seines Aufenthalts in Rußland einen dortigen Beamten bestochen und denselben angestiftet zu haben, von einer gefälschten Urkunde Gebrauch zu machen. Die angebliche Strafthat ist erst kurz vor Ablauf der Verjährung nach russischen Gesetzen durch die russische Botschaft bei dem hiesigen Gericht anhängig gemacht worden. Durch die Verhandlung wurde folgender Sachverhalt festgestellt: Im Jahre 1885 befand Kuntze sich als Vertreter der Handelsgesellschaft „Berliner Holzkomtoir“ im Gouvernement Wolhynien in Rußland, woselbst die genannte Gesellschaft große Waldungen zur Abholzung angekauft hatte. Kuntze glaubte seiner Gesellschaft besser nützen zu können, wenn er russischer Unterthan würde, er reichte deshalb ein diesbezügliches Gesuch bei der russischen Regierung ein und erhielt nach etwa Jahresfrist einen zusagenden Bescheid. Es erübrigte nur noch, ihn durch einen Regierungsbeamten zu vereiden. Kuntze verschob indessen diesen Akt, da er zweifelhaft war, ob er in Rußland bleiben würde. Im Jahre 1887 erließ der Kaiser von Rußland eine Verfügung, wonach die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Aufnahme in den russischen Unterthanenverband bedeutend verschärft wurden. Kuntze sah ein, daß ein nochmaliges Gesuch um Naturalisation abschlägig beschieden werden würde, es kam ihm nun darauf an, seine Vereidigung schleunigst vornehmen zu lassen, um dadurch auf grund der früher ertheilten Erlaubniß der Rechte eines russischen Staatsbürgers theilhaftig zu werden. Der Geschäftsführer Nikolin, welcher die russische Regierung in dem von dem Angeklagten bewohnten Bezirk vertrat, hat dies durch raffinirte Fälschungen zu bewerkstelligen gewußt, indem er die Daten in der früheren Regierungs-Verfügung fälschte, ein ebenfalls gefälschtes Formular benutzte und dann schleunigst die Vereidigung des Kuntze vornahm, so daß es den Anschein hatte, als sei derselbe erst nach der letzten verschärften Bestimmung des Kaisers in den russischen Unterthanenverband aufgenommen worden. Es gelangte eine Anzeige hierüber an den General-Gouverneur zu Kiew, es hieß, daß Kuntze den Regierungsvertreter Nikolin durch ein Geschenk von 500 Rubeln zu dem Amtsverbrechen bewogen habe. Nikolin und Kuntze wurden unter Anklage gestellt, beide wurden auch vom Appellhofe zu Kiew verurtheilt, Nikolin zu anderthalbjähriger, Kuntze zu einjähriger Verbannung nach Sibirien. Gegen eine Kaution von 5000 Rubeln wurde Kuntze einstweilen auf freiem Fuß belassen, er opferte die Kaution und ging nach Deutschland zurück. Im gestrigen Termine bestritt er mit Entschiedenheit seine Schuld. Der Rabbiner, Getreidehändler und Versicherungsagent Salomon Brenner sei eines Tages zu ihm gekommen und habe ihm gesagt, daß er von dem Beamten Nikolin einen Auftrag auszuführen habe, dahingehend, daß er, Kuntze, in seiner Naturalisationsangelegenheit lange warten könne, wenn er sich dem Nikolin gegenüber nicht erkenntlich zeige. Der Angeklagte habe dem Brenner dann 50 Rubel für Nikolin über-

geben und dies sei Alles, was er in der Sache geopfert habe. Zum Beweise legte der Angeklagte die Rechnungsabschlüsse des Berliner Holzkomtoirs vor, worin aufgeführt war: „Für Kunze's Naturalisation 50 M." Wer die russischen Zustände kenne, werde hierin etwas Auffälliges nicht finden. Die neue Verfügung des Kaisers will der Angeklagte zu jener Zeit noch garnicht gekannt und den Nikolin zum ersten Male zu Gesicht bekommen haben, als er mit ihm auf der Anklagebank zusammentraf. Aus der Verlesung der Aussagen des kommissarisch vernommenen Zeugen Brenner ging hervor, daß dieser dem Nikolin nur 25 Rubel gegeben hatte. Weshalb dieser Zeuge vereidet worden ist und weshalb das Strafverfahren nicht auch auf ihn ausgedehnt worden ist, ging aus den russischen Akten nicht hervor. Staatsanwalt Oppermann verkannte nicht, daß es sich nur um einen Indizienbeweis handeln könne, diesen halte er aber für soweit erbracht, daß er das Schuldig beantragen müsse. Es sei kaum denkbar, daß ein russischer Beamter für 25 Rubel sozusagen Kopf und Kragen wagen würde, viel glaubhafter sei die in der Anzeige aufgestellte Behauptung, daß Nikolin fünfhundert Rubel erhalten habe. Er beantragte mit Rücksicht auf den ganzen Sachverhalt mildernde Umstände und daher nur eine Geldstrafe von 500 M. Der Vertheidiger, Justizrath Gerth, plaidirte aus juristischen und thatsächlichen Gründen auf Freisprechung. Der Gerichtshof kam zu einem freisprechenden Urtheil, da der Beweis von der Thäterschaft des Angeklagten nicht genügend erbracht sei. Der von dem russischen Gerichtshofe angeführte belastende Umstand, daß der Angeklagte Kunze der einzige Mensch war, der an der Fälschung ein Interesse habe, könne zu dessen Verurtheilung nicht ausreichen. Auch die Hingabe der 50 Rubel könne nicht so angesehen werden, daß der russische Beamte dadurch zu den strafbaren Handlungen angestiftet werden sollte.

Unter der Anklage der vorsätzlichen Brandstiftung stand gestern der Schneider Paul Materne vor dem Schwurgericht hiesigen Landgerichts I. In dem Hause, in welchem der Angeklagte wohnte, Griebenowstraße Nr. 2, kamen die Bewohner am 5. November v. J. aus dem Feuerlärm nicht heraus, und es brannte kurz hinter einander drei Mal an ganz verschiedenen Stellen. Zweimal kam Feuer in den Bodenkammern heraus, welches jedoch bald gelöscht werden konnte. Die sämmtlichen Bewohner, welche während und nach dem Brande an die Brandstelle kamen, haben intensiven Petroleumgeruch wahrgenommen, es wurde auch festgestellt, daß einige Stellen des Fußbodens mit fettiger Flüssigkeit durchtränkt waren. Sehr bald nach diesen Bränden brach in den zur ebenen Erde gelegenen Räumen des Angeklagten Feuer aus. Dasselbe wurde zuerst im Hinterzimmer bemerkt, doch wurde zugleich wahrgenommen, daß verschiedene Feuerstellen vorhanden waren, die unter einander gar nicht in Verbindung standen. Auch der dritte Brand wurde durch die Feuerwehr bald gelöscht, die Wahrnehmungen der Feuerwehrmänner und die sonstigen begleitenden Umstände haben aber zur Erhebung der Anklage geführt. Die Anklagebehörde führte als verdächtig auf, daß der Angeklagte sein Mobiliar hoch versichert gehabt und bei Gelegenheit des ersten Brandes die erdichtete Behauptung aufgestellt habe, daß ihm der ganze Koaks, den er gar nicht auf der Bodenkammer hatte, verbrannt sei. Als es in seiner eigenen Behausung brannte, mußte er aus der Kneipe geholt werden. Er jammerte sehr laut und auffällig über den Schaden, den er durch das Feuer haben würde, rettete aber nur seinen Kanarienvogel. Dazu hat er verschiedene verdächtige Aeußerungen gemacht, am meisten belastet aber erscheint er dadurch, daß er sich alle Mühe gab, um die Thatsache der verschiedenen Brandheerde durch offenbar lügenhafte Angaben zu erklären. Man vermuthet außerdem, daß der Angeklagte auch der Thäter eines schon im Juli 1892 in demselben Hause auf dem Boden angelegten Feuers gewesen ist. Der Angeklagte hatte damals schon von seiner Wohnung zu ebener Erde aus den Brandgeruch auffallend früh wahrgenommen, war schnell zur Feuermeldestelle geeilt und hatte sich die Meldegebühr von 3 Mark geholt. — Der Angeklagte, ein dem Trunke ergebener Mann, bestritt die Behauptungen der Anklage, welche durch zahlreiche Zeugen bekräftigt wurden. Als Vertheidiger führte Rechtsanwalt Richard Wolff aus, daß die geltend gemachten Verdachtsmomente doch zu unbestimmter und allgemeiner Natur seien, um zu einem Schuldigspruche zu führen. — Die Geschworenen gaben ihren Wahrspruch auf Nichtschuldig der vorsätzlichen Brandstiftung in beiden Fällen und im zweiten Fall auf Schuldig der fahrlässigen Brandstiftung ab. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängniß, und der Gerichtshof erkannte auf 9 Monate Gefängniß unter Anrechnung von 3 Monaten auf die Untersuchungshaft. Die Kosten wurden in dem einen Falle der Freisprechung der Staatskasse und in dem Falle der Verurtheilung dem Angeklagten auferlegt.

Soziale Uebersicht.

Der Schneiderstreik dauert fort. Der Zuzug ist streng fern zu halten. Zirka 350 Kollegen befinden sich noch im Ausstand. Es dreht sich jetzt hauptsächlich noch um die Geschäfte in den Arbeitervierteln, die sich den Forderungen gegenüber noch ziemlich hartnäckig verhalten. Eine von der Streik-Kontrollkommission zum nächsten Sonntag Vormittag einberufene Volksversammlung wird zu diesen Geschäften endgiltig Stellung nehmen. Unsere Kollegen und Kollegimen werden aufgefordert, für diese Versammlung lebhafte Propaganda unter die Arbeiterschaft zu entfalten. Am Donnerstag Abend findet in Boltz Salon (oberer Saal), Alte Jakobstraße 75, eine Werkstatt- und Geschäfts-Delegirten-Versammlung statt mit folgender Tagesordnung:

1. Die Errungenschaften in den geregelten Geschäften, und wie stellen wir die event. vorkommenden Unregelmäßigkeiten wahrheitsgetreu fest?
2. Die Verpflichtung der Kollegen, welche in den geregelten Geschäften arbeiten, gegenüber dem Streikfonds.
3. Organisationsfragen, und die Aufgaben der Werkstatt- und Geschäftsdelegirten hierzu.

Den Kollegen wird recht zahlreiches Erscheinen zur Pflicht gemacht.

Die Agitationskommission
der Schneider und Schneiderinnen Berlins.

An die Arbeiterschaft des In- und Auslandes! Einem schon längst gefühlten Bedürfnisse Rechnung tragend, werden die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts den Geschäftsbetrieb ihrer mit Zentral-Arbeitsnachweis und Verkehrslokal verbundenen Zentral-Herberge vom 23. April d. J. an auf eigene Rechnung führen, und haben zu diesem Zweck den in schönster Lage der Stadt — nächst dem Marktplatz — gelegenen Gasthof zum Hirsch, Hirschstr. 14, übernommen. Mit dieser Einrichtung haben die Stuttgarter Gewerkschaften die Regelung des Arbeitsnachweis- und des Herbergswesens um einen ganz bedeutenden Schritt gefördert. Da der Gasthof zum Hirsch mit allen seinen inneren Einrichtungen (Versammlungs- und Wirthschaftslokalen, ausgezeichneten Fremdenzimmern 2c. 2c.) einem wirklichen Arbeiterheim entspricht und die Verwaltung des Hauses bestrebt sein wird, den Besuchern den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen, so wird der Gasthof zum Hirsch nicht nur ein Zentralverkehr aller Arbeiter Stuttgarts werden, sondern unsere reisende Genossen auf der Landstraße werden in ihm ein trautes Heim finden. Wir übergeben hiermit diesen Aufruf der Oeffentlichkeit und verweisen gleichzeitig auf die in allen Gewerkschaftsblättern erscheinenden Anzeigen und auf die demnächst zum Versandt kommenden Plakate. Auf eine wohlwollende Aufnahme die Bekanntmachung rechnend zeichnen

Stuttgart, im April 1893.

Mit brüderlich-solidarischem Gruße
Die vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts.

An die Genossen aus den Kreisen Wittenberg, Schweinitz, Torgau und Liebenwerda!

Am Donnerstag, den 13. April, Abends 8½ Uhr, findet in Gratweil's Bierhallen, oberer Saal, Kommandantenstr. 77/79, eine Versammlung statt, in welcher der Vertrauensmann über seine bisherige Thätigkeit Bericht erstatten wird. Bei der Bedeutung der Versammlung ist es nothwendig, daß ein jeder hier arbeitende Genosse aus obigen Kreisen die Versammlung besuche. Auch sind diejenigen, die noch Bons u. s. w. in Händen haben, verpflichtet, an diesem Abend abzurechnen. Ferner möge jeder Genosse in den einzelnen Ortschaften seine Adresse an den Unterzeichneten einsenden, damit im Falle einer Reichstags-Auflösung die Agitation planmäßig betrieben werden kann.

Otto Grosse, Vertrauensmann, Arndtstr. 17, v. 3 Tr.

Die Leipziger Bierbrauerei-Besitzer haben die Forderungen der Brauergehilfen, die unter anderem den Zehnstundentag enthielten, abgelehnt, trotzdem sie sehr wohl im stande wären, die Forderungen zu bewilligen. Eine Versammlung der Brauergehilfen beschloß die Aufrechterhaltung der Forderungen.

Internationale Solidarität der Arbeiter. Aus Hamburg wird der „Voss. Ztg." geschrieben, daß 80 englische Feuerleute, die der Hamburger Dampfer „Normannia" mitgebracht hatte, sofort den Dienst verlassen haben, als sie hörten, daß die Forderungen der ausständigen Heizer und Trimmer Hamburgs nicht bewilligt seien.

In Graz kündigten die Arbeiter sämmtlicher Bau- und Maurermeister für den Fall, daß ihre Forderungen, die nach dem superklugen Telegraphen sehr „weitgehend" sein sollen, nicht bis zum 24. April bewilligt würden.

In Amiens (Frankreich) streiken 1200 Sammetweber und Seidenfärber, in **Auger** die Arbeiterinnen von drei Seidenspinnereien und Zwirnereien wegen verweigerter Lohnerhöhung.

Der allgemeine Streik soll für den belgischen Distrikt Borinage in einer großen Versammlung zu Quaregnon, an der vier- bis fünftausend Bergleute theilnahmen, für den 11. April beschlossen worden sein. Trotz der Bemühungen des Führers Roger, der die Theilnehmer an der Versammlung gebeten habe, die Entscheidung noch einige Tage hinauszuschieben, bis die Konstituante über die Verfassungsrevision abgestimmt haben werde, sei dennoch der sofortige allgemeine Streik nahezu einstimmig beschlossen worden. Die schlimme Lage der Bergarbeiter dieser Gegend sei ebenfalls für die getroffene Entscheidung mit ausschlaggebend gewesen.

Aus London wird gemeldet, daß der Generalsekretär des Seemanns- und Heizerverbandes am Montag erklärt habe, er beabsichtige, Cardiff in den Streik von Hull hineinzuziehen; er habe bereits die Sperre über Hartlepool angeordnet, da die Boote der Wilsonlinie dort auslaufen wollten. Eine andere Nachricht, die offenbar aus direkt interessirten kapitalistischen Kreisen stammt und daher in bezug auf ihre Richtigkeit vorläufig bezweifelt werden muß, besagt, der Streik gehe seinem Ende entgegen. Streikbrecher seien in ausreichender Zahl vorhanden, so daß das Verladen und Ausladen der Schiffe keine Verzögerung erleide.

Von den bei den Arbeiten zur Weltausstellung in Chicago beschäftigten Tischlern 2c. hatten, wie eine Wolff'sche Depesche vom 10. April meldete, zufolge einer Aufforderung des Vorstandes des Syndikates der Bauarbeiter etwa 3500 Mann die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen führten darüber Beschwerde, daß die Behörden sich nicht dem Uebereinkommen gemäß verhielten, wonach die vorkommenden Zwistigkeiten durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden sollten. Wie das Wolff'sche Bureau unterm 11. April mittheilt, hat nun am Montag Abend eine Konferenz der Ausstellungsverwaltung und der Arbeitervertreter stattgefunden, in welcher der Direktor der Ausstellungsarbeiten daran erinnerte, daß nach dem zu Beginn der Arbeiten getroffenen Uebereinkommen die Syndikatsarbeiter und die dem Syndikat nicht angehörenden Arbeiter ohne jeden Unterschied hätten zusammen arbeiten sollen. Die Arbeitervertreter sollen dies anerkannt und den Streik für beendet erklärt haben.

Ein zweiter Rüffel für Herrn Ch. Fenwick in London. Wir erhielten folgende Zuschrift:

„Castleford, 9. April 1893.
1 Denton Terrace.

Geehrte Redaktion! In Nr. 79 des „Vorwärts" vom 5. April befindet sich eine Notiz, wonach der Sekretär des parlamentarischen Komitees der englischen Gewerkvereine, Ch. Fenwick in London, eine Zuschrift an Dr. Max Hirsch in Berlin gerichtet haben soll. Gestatten Sie mir einige Bemerkungen dazu.

Es ist kein Zweifel, daß Herr Fenwick an Dr. Hirsch geschrieben hat, jedoch kann er es nur aus eigenem Antriebe gethan haben, denn offiziell ist er nicht beauftragt worden, sein Schreiben kann also keine Bedeutung haben. Die englischen Glasmacher stehen schon seit sechs Jahren mit den deutschen Glasmachern in Korrespondenz, und Frau Marx-Aveling korrespondirt für sie schon über zwei Jahre mit den französischen Glasmachern. Die internationale Glasarbeiter-Organisation wurde 1886 auf meinen Antrieb von den englischen Glasmachern in die Hand genommen. Seit jener Zeit haben drei Kongresse stattgefunden, auf denen deutsche Delegirte anwesend waren. Seit zwei Jahren befindet sich der Sitz dieser Vereinigung in Castleford, und ich bin seit der Gründung als Korrespondent für Deutschland ernannt. Die deutschen Glasmacher sind über den Streik, der schon 14 Wochen dauert, vollständig unterrichtet worden. Es bedarf sicherlich nicht der Vermittlung des Herrn Dr. Max Hirsch, um die deutschen Glasmacher über die Vorkommnisse in England zu unterrichten.

Ich will noch erwähnen, daß gestern auf der National-Versammlung der Glasmacher Mr. Greenwood und ich gewählt worden sind, die deutschen Glashütten zu besuchen.

Mit bestem Gruß
Theobald Völkel."

Herr Fenwick wird nach dieser Bloßstellung seines Verfahrens hoffentlich darauf verzichten, Herrn Dr. Max Hirsch wieder Liebesdienste gegen die klassenbewußten Arbeiter zu erweisen.

Krankenkassenwesen. Der Kranken-Unterstützungs- und Beerdigungs-Vereinskasse „Zur Freundschaft" in Breslau ist vom Minister für Handel und Gewerbe die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

Gegenüber der gemeinen Verhetzung, welche in Sachsen von Anhängern der bestehenden „Ordnung" gegen den Verband sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter betrieben wird, stellt auch der Korrespondent der „Frankf. Ztg." fest, daß der Verband sich nicht nur innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewegt, sondern auch sehr energisch verhindert hat, daß die Bergleute Sachsens nach dem Beispiel ihrer rheinisch-westfälischen Kameraden einen aussichtslosen Streik unternahmen.

In der bürgerlichen Aera der Eugen Richter und Bachem ist die Arbeitslosigkeit vieler Tausende zu einer ständigen Erscheinung geworden. Ganz besonders wird davon der alte Arbeiter betroffen. So lange er noch kräftig schanzen kann, findet er noch eher Gelegenheit, sich durch Arbeit zu nähren. Geht es aber mit seiner Körper- und Geisteskraft rückwärts, so wird er im Kalkül des Kapitalismus zu einem Nichts, dessen man sich bei erst bester Gelegenheit entledigt. Hierfür liegt in folgendem Zeugniß wieder ein deutlicher Beweis vor: „Hamburg, 25. März 1893. Hierdurch bescheinigen wir, daß Georg Wilhelm Z..... aus E..... bei uns beschäftigt gewesen ist. Derselbe war fleißig, willig und nüchtern und ist seines Alters wegen entlassen. pr. Bill-Brauerei A.-G. Reg."

Aus dem Wortlaut geht hervor, daß der alte Arbeiter nicht selber das Arbeitsverhältniß löste, sondern daß die Brauerei ihm keine Arbeit mehr gab.

Vermehrung der Zahl der nichtständigen Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes. Nach der Bestimmung des § 87 des Unfallversicherungs-Gesetzes sollen von den nichtständigen Mitgliedern des Reichs-Versicherungsamts je zwei von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und von den Vertretern der versicherten Arbeiter gewählt werden. Außerdem sind für jedes dieser Mitglieder zwei Stellvertreter zu wählen. Infolge der außerordentlichen Ausdehnung der Geschäfte des Reichs-Versicherungsamts stellte sich bald die Unzulänglichkeit dieser Zahl heraus. Die Zeit der Gewählten wurde durch die Theilnahme an den Sitzungen des Reichs-Versicherungsamts derartig in Anspruch genommen, daß die Industriellen außer Stande waren, diese Wirksamkeit mit ihrer eigenen Berufsthätigkeit zu vereinigen, und die Arbeiter, die während eines großen Theils des Jahres ihrer Werkstatt entzogen waren, von ihren Arbeitgebern entlassen wurden. Infolge dieses Uebelstandes beschloß der Reichstag im vorigen Jahre auf Antrag der Abgeordneten Möller und Rösicke eine Abänderung des Gesetzes dahin, daß in Zukunft die Zahl der Stellvertreter der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungs-Amts je nach Bedürfniß vom Bundesrath bestimmt werden solle, und dieser Beschluß hat demnächst die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden. Auf grund dieser Vorschrift liegt gegenwärtig dem Bundesrath der Antrag des Reichsamts des Innern vor, die Zahl der stellvertretenden Mitglieder, die infolge eines dringenden Bedürfnisses bereits im vorigen Jahre auf fünf erhöht werden mußte, jetzt bis auf weiteres auf sechs festzusetzen. Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Berufsgenossenschaftstages hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Bundesrath dringend zu bitten, diesem Antrage nicht zuzustimmen, da die vorgeschlagene Zahl nach den bisherigen Erfahrungen dem Bedürfnisse bei weitem nicht entspricht. Der Ausschuß hält eine erhebliche Vermehrung der stellvertretenden Mitglieder für dringend nothwendig, wenn nicht der sozialpolitische Zweck, der durch die Zuziehung des Laienelements bei der Rechtsprechung beabsichtigt ist, verfehlt werden soll, da es bei der Ueberlastung der Mitglieder schon jetzt kaum möglich ist, geeignete Bewerber für die Besetzung der Stellen zu finden, andererseits die Betheiligung einer größeren Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an der Thätigkeit des Reichs-Versicherungsamts dem allgemeinen Interesse an der Sache nur förderlich sein könnte. Da in kurzem die Neuwahlen der nichtständigen Mitglieder auf drei Jahre erfolgen sollen, so würde überdies die jetzige Beschränkung der Zahl der stellvertretenden Mitglieder auf sechs zweifellos in Kürze die Nothwendigkeit herbeiführen, den schwerfälligen Wahlapparat zur Vornahme von Nachwahlen von neuem in Bewegung zu setzen. Man hofft hiernach in berufsgenossenschaftlichen Kreisen, daß der Bundesrath die Zahl der Stellvertreter von sechs auf zehn oder zwölf erhöhen wird.

Bremischer Handelsverkehr. Die Einfuhr Bremens betrug im Jahre 1892 719,4 Mill. Mark (davon seewärts 474,5, land- und flußwärts 245 Mill. Mark); im Jahre 1891 betrug die Einfuhr 759,7, und im Jahre vorher 750 Mill. Mark. Die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten hat sich in diesen drei Jahren stetig vermindert; sie betrug 1890: 233, 1891: 226, 1892: 199,5 Mill. Mark. Die Ausfuhr Bremens belief sich 1892 auf 684 Mill. Mark (seewärts 314, land- und flußwärts 370 Mill. Mark), 1891 auf 714 und 1892 auf 706 Mill. Mark. Der Transport der Auswanderer ging in folgender Steigerung zurück: 1890: 140 410 Personen, 1891: 138 457 und 1892: 127 029 Personen.

Kapitalistische „Entbehrungslöhne". Dividenden zahlen: Aktiengesellschaft Silesia, Verein chemischer Fabriken, Breslau, 7 pCt. Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin 9 pCt. Verein chemischer Fabriken in Mannheim 12 pCt. Deutsche Kontinental-Gasgesellschaft 10 pCt. Bergwerks-Gesellschaft Dahlbusch 13⅓ pCt. Bergbau-Gesellschaft Pluto (Köln) 11⅓ pCt. Farbwerke vorm. Meister, Lucius und Brüning, Höchst am Main (1889 22 pCt., 1890 25 pCt., 1891 26 pCt., 1892 26 pCt.). Salzwerk Chambrey Straßburg 14 pCt. Bergwerks-Gesellschaft Berzelius 10 pCt. Chemische Fabrik Billwärder, vormals Hell und Schamer 9 pCt. Preußische Zentral-Bodenkredit-Aktiengesellschaft in Berlin 9½ pCt. Sächsisch-Thüringische Aktienges. für Braunkohlen-Verwerthung, Halle a. S. 7 pCt. Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei 35 pCt. Berlin-Gubener Hutfabrik 7 pCt. Kasseler Federstahl-Industrie 10 pCt. Kommanditgesellschaft Hermann Gerson, Berlin 8 pCt. Waggonfabrik Gebr. Hofmann 10 pCt. Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktiengesellschaft 12½ pCt. Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft 12 pCt. Magdeburger Bergwerks-Aktiengesellschaft 20 pCt. Schlesische Zinkhütten-Aktiengesellschaft 15 pCt. Gummiwaaren-Fabrik C. Schwanitz u. Co. 12½ pCt. Baugesellschaft Bellevue 10 pCt. Bautzener Papierfabriken 7 pCt. Bamberger Mechanische Baumwollspinnerei 10 pCt. Gerresheimer Glashütten-Werke 8 pCt. Metallwerke vorm. J. J. Aders in Magdeburg 10 pCt. Terraingesellschaft Groß-Lichterfelde 30 pCt. Bergwerks-Gesellschaft Konsolidation 12 pCt. Stettiner Chamottefabrik vorm. Didier 15 pCt. Berliner Spediteurverein 7½ pCt.

In Belgien ist durch königliche Erlasse nun auch die Frauen- und Kinderarbeit in Bergwerken und sonstigen Montan-Anlagen einer Regelung unterzogen worden. Wie die „Köln. Ztg." meldet, dürfen Arbeiter vom 12. bis zum vollendeten 16. Jahre und Mädchen unter 21 Jahren in den Bergwerken zur Tagesarbeit nicht während mehr denn 10½ Stunden (bis Ende dieses Jahres 11 Stunden) und zur Nachtarbeit nicht während mehr denn 10 Stunden angehalten werden. Kinder unter 14 Jahren dürfen Nachts nicht unter Tage beschäftigt werden; Frauen und Mädchen unter 21 Jahren dürfen überhaupt nicht mehr unter Tage arbeiten, mit Ausnahme derjenigen, die vor dem Erlaß des Gesetzes vom 3. Dezember 1889 unter Tage arbeiten durften, und die, jetzt alle über 16 Jahre, nicht länger als 11 Stunden arbeiten sollen. Bei der Bemessung der Arbeit unter Tage gilt das An- und Ausfahren als solche; die Ruhepausen müssen ⅛ der Arbeitsdauer betragen. Bei Arbeiten über Tage sind den geschützten Personen Ruhepausen von einer Gesammtdauer von 1½ Stunden zu bewilligen. Da in drei Kohlengruben zu Mariemont die Arbeit von 5 Uhr früh bis Mitternacht in zwei Schichten zur Erleichterung der Belegschaft stattfindet, wird verfügt, daß die Nachtarbeit für die geschützten Personen um Mitternacht aufhören muß und die ganze Arbeitsdauer für sie 10 Stunden, für die weiblichen nur 9 Stunden, nicht übersteigen darf. In den Steinbrüchen über Tage dürfen die geschützten Personen nicht länger als 10 Stunden, in den Werkstätten, wo Steine geschnitten und behauen werden, nicht über 8 Stunden arbeiten. In Hütten-Anlagen mit fortwährendem Feuer wird die Arbeit der geschützten Personen auf 10 Stunden mit wenigstens 1½ Stunden Pause bemessen; sie dürfen alle zwei Wochen am 7. Tage beschäftigt werden.

Die Werkzeug-Fabrikation der Vereinigten Staaten ist, wie die „Frankf. Ztg." dem Arthur v. Studnitz'schen Werke „Nordamerikanische Arbeiterverhältnisse" entnimmt, im Begriff,

diejenige aller anderen Staaten, auch Englands, zu überflügeln. Das amerikanische Werkzeug ist leichter und handlicher und besteht oft aus besserem Material als das bisher in Europa benützte. Die Amerikaner verfügen über ausgezeichnetes Eisen und ganz vorzügliche Hölzer. (Hickory-Hammerstiele!) Die amerikanische Werkzeug-Fabrikation scheint die europäischen Traditionen in dieser Branche vollständig verlassen und ganz neue Bahnen eingeschlagen zu haben; Hammer, Bohrer, Feile, Schärfungs- und Schneidewerkzeuge, Aexte, Sägen, Hobel, Straten, Schrauben, Nägel u. s. w., auch die Werkzeughalter erhielten ganz neue Gestaltung. Ebenso hat der stets intensiv auf Ersparung an Arbeitskraft gerichtete Sinn des Amerikaners dem Gußeisen in der Eisenwaaren-Industrie eine viel ausgedehntere Anwendung gesichert als in Europa. Eine große Zahl von Maschinen- und Werkzeugtheilen, welche bei uns aus Schmiedeeisen bestehen, werden in den Vereinigten Staaten in vorzüglicher Qualität gegossen. Das bringt u. a. den Vortheil mit sich, daß analoge Maschinen- und Werkzeugtheile in genau gleichen Dimensionen angefertigt werden; daher bedarf es nur einer Postkarte mit Angabe der eingegossenen Katalognummer eines schadhaft gewordenen Maschinen- oder Werkzeugtheiles, um denselben schleunigst vom Fabrikanten oder Händler zu beziehen. Namentlich in sparsam bevölkerten Distrikten, in denen es an Maschinenwerkstätten gänzlich fehlt, ist dies von außerordentlicher Wichtigkeit. Der Amerikaner hat stets Ersparniß von Arbeitskraft im Auge. Der amerikanische Hufschmied behilft sich auch ohne den Mann, der bei uns zum Halten des Beines des Pferdes unumgänglich nothwendig erscheint. In jedem Amerikaner steckt ein Erfinder, ein Mechaniker, ein Baumeister. Es ist erstaunlich, mit welch' ursprünglichen, einfachen Mitteln man sich drüben zu helfen weiß. Als ein Beispiel des praktischen Sinnes des Amerikaners sei angeführt, daß der Maurer, der bei uns den Hammer als unentbehrliches Instrument betrachtet, in Amerika ein solchen in seinem Fache als besonderes Werkzeug gar nicht kennt. Dort besteht die Kelle aus solidem gehärteten Stahl, daß sie zugleich zum Behauen der Steine benutzt wird. Berechnen wir die Zeit, welche der Maurer bei uns darauf verwendet, um die Kelle aus der Hand zu legen, den Hammer zu ergreifen, letzteren wieder auf seinen Platz zu bringen und die Hand abermals nach der Kelle auszustrecken, so würde sich beim Bau eines kleinen Hauses eine sehr ansehnliche Stundenzahl herausstellen. Der amerikanische Holzarbeiter bedient sich (z. B. beim Halbiren eines Stammes) weit seltener der Säge als der Axt — allerdings auf die Gefahr hin, daß hierdurch Material vergeudet wird. Ueberhaupt gehen die Amerikaner ebenso verschwenderisch mit Material als sparsam mit Arbeitskraft um. Dies ließe sich an sehr vielen Beispielen zeigen. Daher spielt auch das Ausbessern von Maschinen, Geräthen u. s. w. in den Vereinigten Staaten eine viel geringere Rolle als bei uns. Worauf beruht denn die Ueberlegenheit amerikanischer Werkzeuge? Diese Ueberlegenheit erklärt sich zum Theil offenbar aus dem besseren Material, doch giebt das keineswegs den Ausschlag. In dem bereits erwähnten Werke „Nordamerikanische Arbeiterverhältnisse" von Arthur von Studnitz wird die Frage damit beantwortet, daß, während in Europa in den Fabriken die Werkzeuge in der Regel dem Unternehmer gehören, sie drüben das Eigenthum des Arbeiters sind. Dieser besitzt in ihnen oft ein kleines Kapital. In Europa ist daher der Arbeiter gezwungen, seine Hand den Werkzeugen anzupassen, während der jenseits des Ozeans diese nach eigenen Bedürfnissen auswählt. Man könnte daher von einer natürlichen Zuchtwahl unter den amerikanischen Werkzeugen sprechen, einer Zuchtwahl, die wir in Europa leider fast ganz vermissen. Jeder Arbeiter trägt in Amerika dafür Sorge, mit Geräthen zu arbeiten, die seinem „Griffe" angepaßt sind; so sind oft z. B. Beil- und Hammerstiele ganz individuell zugeschnitten.

Aus New-York wird uns unterm 27. März geschrieben: Die hiesigen — in der Fabrikanten-Assoziation befindlichen — 42 Kleiderfabrikanten haben am Sonnabend gegen die zur „Garment Workers Union" gehörenden Zuschneider die Aussperrung (Lockout) verfügt, wovon 692 derselben betroffen wurden; von den in den betreffenden Werkstätten arbeitenden Mitgliedern des Ordens der „Knights of Labor" blieben 173 bei der Arbeit, während 11 die Arbeit niederlegten und sich in die Union aufnehmen ließen. Dies geschah auch von 19 keiner Organisation angehörenden Zuschneidern, während 96 derselben weiter arbeiteten. Wie der Sekretär der Knights of Labor-Zuschneider Assembly erklärt, hat diese beschlossen, die Garment Workers Union überhaupt nicht als Arbeiterorganisation anzuerkennen; der Orden bekämpfe sie, weil sie die Organisation der Knights in Rochester zerstört und den Werkmeister der dortigen Assembly in's Gefängniß gebracht habe. Womit er diese Behauptung begründet, ist nicht angegeben. Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß bezüglich jenes Werkmeisters kürzlich in der hiesigen „Volks-Zeitung" positiv angeführt wurde, er habe die 1000 Doll., wegen deren die Erpressungsanklage gegen ihn erhoben wurde, nicht an die Organisation abgeführt. Die Knights sollen beabsichtigen, in der Weise zu operiren, daß sie Leute aus den unter „Kontrolle" des Ordens stehenden Werkstätten, in denen die Arbeit keine dringende ist, in die Lockout-Werkstätten senden. Doch wurde konstatirt, daß die in einer dieser Werkstätten arbeitenden Knights sich geweigert haben, ihre Plätze zu verlassen. Einer der Fabrikanten soll zu einem Komitemitglied der G. W. U. gesagt haben: „Wir werden zuerst die Federation vernichten, und dann kommen die Knights an die Reihe. Wir sind dann mit Beiden fertig." Wenn es nun auch sehr unwahrscheinlich ist, daß der Betreffende so unvorsichtig gewesen, in solcher Weise die „Katze aus dem Sack zu lassen", so liegt es doch auf der Hand, daß das Resultat des „Bruderzwistes" schließlich das obige sein wird, falls die Ausgeschlossenen unterliegen, auch wenn die Führer der Knights den Unternehmern gewisse Zugeständnisse machen, wie das von ihnen schon oft praktizirt worden. Womit indessen nicht gesagt sein soll, daß dies nicht auch schon seitens der „pure and simple"-Trades-Unionisten geschehen.

In New-Orleans ist jetzt eine richterliche Entscheidung über den von der Bundesbehörde angeregten Fall bezüglich des vom dortigen Gewerkschafts-Council im November inszenirten „Generalstreiks" gefällt worden, und zwar auf grund des — Anti-Trustgesetzes! Danach soll sich der Council gegen dieses Gesetz vergangen haben, und wäre damit dem Bundesanwalt Gelegenheit gegeben — unter dessen Jurisdiktion die Sache fällt, da es sich um den Passus des zwischenstaatlichen Geschäftsverkehrs handelt — gegen den Council kriminell vorzugehen. Dies wird nun wohl nicht geschehen; vermuthlich handelte es sich nur darum, einen „Präzedenzfall" zu schaffen. Wenn das so weiter geht — und unter den obwaltenden Umständen ist dies zu erwarten — dann werden hoffentlich die amerikanischen Arbeiter endlich zu der Ueberzeugung kommen, daß sie die „Gesetze" selber machen müssen, wenn sie nicht gänzlich geknebelt werden wollen!

In Neu-Mexiko hat die neugegründete Organisation der Eisenbahnarbeiter aller Branchen einen Streik um Besserung der Löhne und Verringerung der Arbeitszeit begonnen; die zur alten Organisation gehörenden Kondukteure haben sich dabei auf die Seite der Gesellschaften gestellt.

In Tennessee ist endlich das Sträflings-Kontrakt-System, welches s. Z. zur „offenen Rebellion" der Minenarbeiter geführt, beseitigt worden.

Der seit mehreren Monaten im Gange befindliche Streik der Kohlengräber im Monogahela-Thale (Penns.), ist für diese ungünstig verlaufen; 8000 der Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

In St. Louis nimmt die sozialistische Wahlkampagne einen unerwartet lebendigen Aufschwung.

Versammlungen.

Zum Schneiderstreik. Der Lohnkampf zieht sich jetzt mehr nach den äußeren Stadttheilen hin. Gestern Abend fand eine gutbesuchte Versammlung bei Josl statt, in welcher Kollege Timm über den Stand der Lohnbewegung und die Berechtigung der gestellten Forderungen referirte. Außerdem nahm Redner Gelegenheit, die Praktiken vieler Geschäftsinhaber, unter andern die des Herrn Lindenbaum eingehend zu beleuchten, sowie denselben auf die im „Vorwärts" erhobenen Angriffe zu antworten. An der Hand vieler Beweismittel führte Timm an, daß die von ihm zur Zeit geschilderten Verhältnisse noch viel trauriger seien, wie sie im „Vorwärts" angegeben; so seien z. B. die Arbeitslöhne damals noch viel zu hoch gegriffen worden. Hosen und Westen würden auf dem Wege des Zwischenmeister-Systems hergestellt, die Arbeiterinnen erhalten pro Stück 60—75 Pf. Aenderungen, die eine Zeit von 4 Stunden in Anspruch nahmen, würden insgesammt mit 50 Pf. bezahlt. Tagschneider erhielten à Stunde 25 Pf. Rockschneider müßten Watte und Eggenband zugeben, Hosenschneider Knöpfe und Schnallen. Zu verwundern sei nur, daß sich die Kollegen dieses alles gefallen ließen. Würden diese Verhältnisse statistisch festgestellt, so könnte sich herausstellen, daß sie denen der Weber im Eulengebirge gleichkommen. Nach diesen Darlegungen forderte der Redner Herrn Lindenbaum öffentlich auf, sein Wort bezüglich des Verklagens einzulösen. Endlich sei es an der Zeit, sich aufzuraffen, zusammenzustehen und vereint dem Ausbeutungssystem kapitalistischer Profitgier einen Damm entgegenzusetzen. Jubelnder Beifall folgte den treffenden Ausführungen des Redners. Nach einer Pause von 15 Minuten, die den Kollegen und Kolleginnen Zeit und Gelegenheit geben sollte, der Organisation beizutreten, wurden in der Diskussion die Ausführungen des Referenten bestätigt und ergänzt. Hervorgehoben wurde, daß z. B. bei Salomon, Frankfurterstraße, Maaßsachen nach außerhalb als Lagerarbeit bezahlt würden. Kuhnert, Frankfurter Allee, verlange, seine Arbeiter sollten berücksichtigen, daß er erst kürzlich an einem Kunden 400 M. verloren habe. Bei Kröbsch in der Langenstraße herrschten ähnliche Zustände. Rollmann in der Weberstraße verlange, seine Arbeiter sollten durch trockenes Brot zum Nachgeben gezwungen werden, trotzdem seine Bezahlungen stets derartig waren, daß sich die Arbeiter auch bis jetzt kaum etwas anderes leisten konnten. Einer besonderen Kritik unterzog Pfeiffer unter anderem die Firma Werner in der Andreasstraße. Hier werden Knabenanzüge nicht unter 14 M. verkauft; der für einen Anzug gezahlte Arbeitslohn beträgt 1,50 M.! Schlimm sei hier das Lehrlingsunwesen. Jeder derselben müsse täglich eine Hose fertig schaffen; gezahlt werde für eine Maaßhose 10 Pf., für eine Lagerhose 5 Pf. Genau rechnete Pfeiffer vor, daß hier mit einem Profit von 80—90 pCt. gearbeitet werde. Zum Schlusse fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heutige Versammlung fordert alle Arbeiter auf, an die Geschäftsinhaber des Ostens ihre Forderungen zu stellen und dieselben zu erkämpfen."

Eine zweite Schneider-Versammlung fand in Moabit statt. Täterow begründete in seinem Referat die Nothwendigkeit der gestellten Forderungen, und bemerkte, daß die Moabiter Kollegen nicht hinter den Kollegen aus der Friedrichstadt zurückzustehen brauchten. Rogge erläuterte die Nothwendigkeit der Organisation; er hob hervor, daß, wenn momentan die Moabiter Kollegen zurückgeblieben seien, sie sich gerade hierdurch angespornt fühlen müßten, das Versäumte nachzuholen. Frau Gudela richtete einen Appell an die Kollegen, ihre Frauen zum Besuch der Versammlungen aufzumuntern, indem sie drastische Mittheilungen über Damenkonfektion und Zwischenmeister-System gab.

Mit einem Hoch auf die Bewegung schloß die gutbesuchte Versammlung.

Der Fachverein der Uhrmacher und verwandter Berufsgenossen Berlins und Umgegend hielt am 8. April seine Generalversammlung ab, in welcher zunächst beschlossen wurde, die Maifeier am Sonntag den 30. April durch einen Ausflug mit Damen nach dem Müggelschlößchen zu begehen; die Abfahrt soll 12 Uhr 15 Minuten vom Bahnhof „Alexanderplatz" stattfinden. Hierauf erstattete der Kassirer Lätsch den Kassenbericht für das verflossene Quartal. Danach beliefen sich die Einnahmen auf 123,50 M., die Ausgaben auf 95,25 M.; der Kassenbestand betrug am 31. Dezember 1892 98,44 M., am 31. März 1893 126,69 M. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Lüderitz berichtete sodann über den Bestand der Bibliothek. In derselben befinden sich 76 Bände; auch ist ein Kassenbestand von 16,75 M. vorhanden. Die Rechtsschutzkommission hatte im Laufe des Vereinsjahres einen Fall zu erledigen. Ueber den Arbeitsnachweis erstattete Lüderitz einen längeren Bericht. Aus dem Jahresbericht des Vorstandes ergab sich, daß im Laufe des Vereinsjahres 23 Versammlungen mit 22 Vorträgen abgehalten wurden. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Alfred Glaner, 2. Vorsitzender Herm. Nottrodt, Kassirer Gustav Lätsch, 1. Schriftführer Albert Bätge, 2 Schriftführer Samuel Samell, Beisitzer Gustav Lüderitz und Richard Hoffmann. In die Rechtsschutzkommission wurden Schulze, Kühl, Reiter, Maiwaldt und Möhring, in die Arbeitsnachweiskommission Jung, Hoffmann, Scholz, Kelle, Maiwaldt, Eßlinger Reiter, Schütz und Fritz gewählt. Die Verwaltung des Arbeitsnachweises bleibt in der bisherigen Form bestehen; derselbe ist jeden Wochentag von 8½ bis 10 Uhr Abends im Vereinslokal, Wienecke, Alte Jakobstr. 83, für Gehilfen und Prinzipale unentgeltlich geöffnet. Ein Antrag Räther, den letzten Absatz des § 9 und 11 des Statuts zu streichen, sowie eine Umänderung des § 6 wurde angenommen. Die Kollegen Möhring, Kelb und Jung wurden zu Revisoren für das Vereinsjahr 1893/94 gewählt. Mühl forderte noch zu regem Billetverkauf zu dem am Sonnabend, den 15. April, in der „Ressource" stattfindenden zweiten Stiftungsfeste auf und bat um pünktliches Erscheinen. Die nächste Vereinsversammlung findet am Sonnabend, den 22. April, im Vereinslokal Wienecke, Alte Jakobstr. 83, statt.

Die Agitationskommission der Maler, Lackirer und Anstreicher hatte für den 10. d. M. eine öffentliche Versammlung einberufen. Zur Erörterung stand die Frage, ob der Achtstundentag in diesem Jahre anzustreben sei. Die Versammlung war zahlreich besucht. In einem einleitenden Vortrage legte Fleischer die Bedeutung einer Verkürzung der Arbeitszeit klar und begrüßte es mit Freuden, daß die Berliner Kollegenschaft die Agitationskommission in ihrem Wirken für die Verkürzung der Arbeitszeit wesentlich unterstützt habe, ebenso, daß auch die Kollegenschaft in den Vororten Berlins, wo noch größtentheils die zehnstündige Arbeitszeit herrscht, gewillt sei, sich an der Bewegung für eine Verkürzung der Arbeitszeit anzuschließen. Wenn für diese die neunstündige Arbeitszeit errungen würde, dann wäre schon viel gewonnen. Für Berlin sei der achtstündige Arbeitszeit am Platze, wenn auch diese Forderung einen harten Kampf hervorrufen werde. Das Resultat die lebhaften Diskussion in dieser Angelegenheit war die Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung beschließt hiermit, in diesem Jahre in den Kampf um die Erringung des achtstündigen Arbeitstages einzutreten. Sie erachtet es für die Pflicht der Kollegen, gegen die in unserem Gewerbe herrschenden Mißstände, namentlich gegen die übermäßig lange Arbeitszeit, Front zu machen, und beauftragt die Kommission, die weiteren Schritte zur Erringung des achtstündigen Arbeitstages zu unternehmen. Sie beauftragt ferner die Kommission, die Forderungen zu formuliren und selbige einer demnächst stattfindenden größeren Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Die Versammelten übernehmen mit Annahme dieser Resolution die Verpflichtung, nach Kräften unter den Kollegen zu agitiren, erwägend, daß nur durch eine umfassende Massenbewegung unter den Kollegen erträglichere Zustände in unserem Gewerbe geschafft werden können."

Nach Annahme dieser Resolution vollzog die Versammlung die Neuwahl der Kommission. In dieselbe wurden gewählt Buhr, Kölln, Fleischer, Link und Ernst Bohnert. Die Kommission wird die einzelnen Aemter unter sich vertheilen. Die Bestätigung bleibt der nächsten Versammlung vorbehalten. Mit einem dreifachen Hoch auf die Achtstundenbewegung ging die Versammlung auseinander.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins hielt am Sonntag seine ordentliche Generalversammlung ab. Die vom Kassirer Legeler vorgelegte Abrechnung über das erste Quartal 1893 ergab, daß einer Einnahme von 451,48 M. eine Gesammtausgabe von 304,97 M. gegenüber stand, so daß ein Bestand von 146,51 M. vorhanden ist. Diesem Betrage ist noch der Ueberschuß vom letzten Maskenball im Betrage von 73,40 M. hinzuzurechnen. Nachdem die Revisoren die Abrechnung bestätigt hatten, wurde dem Kassirer Entlastung ertheilt. Sodann gab der erste Vorsitzende der Versammlung einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit des Vorstandes im letzten halben Jahr. Danach haben im Ganzen 16 Versammlungen stattgefunden, darunter mehrere in der Umgegend von Berlin. Das Resultat sei befriedigend zu nennen. Aus der vollzogenen Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Karl Blaurock, Oberbergerstr. 18, 1. Vorsitzender; Hermann Legeler, Kreuzbergstr. 72. 1. Kassirer; Herm. Herresdorf, Melchiorstr. 36, 1. Schriftführer; Herm. Jänsch, 2. Kassirer; Baruinstr. 20, 2. Vors.; Franz Pinkowsky, Bülowstr. 56, Karl Dienert, Melchiorstr. 36, 2. Schriftführer. Zum Hilfskassirer für den Osten wurde Franz Wolter, Gubenerstr. 61, gewählt, zum Hilfskassirer für den Norden August Schulz, Angermünderstraße 11, zum Revisor Fritz Hupke, Am Friedrichshain 32. Zur Ergänzung des Ausschusses wählte die Versammlung noch Heinrich Huth, Grüner Weg 35 und Karl Pfeil, Arndtstr. 11. Außerdem sind die Kollegen Ferdinand Gronzke, Koppenstr. 66, Heinrich Kiekbach, Johannisterstr. 11, und Otto Mecke, Elbingerstraße 17 im Ausschuß verblieben. Die Verwaltung der Bibliothek wurde den Kollegen Richter und Knappe übertragen. Zu Vereinsangelegenheiten lag die Frage vor: Wie stellt sich der Verein zur Gründung eines Gesangvereins? Nach kurzer Debatte ging man hierüber zur Tagesordnung über und beauftragte den Vorstand, rechtzeitig einen geeigneten Saal zur Abhaltung des demnächst stattfindenden Stiftungsfestes zu beschaffen. Zum Schluß wurde bekannt gegeben, daß die Moabiter Kollegen im Restaurant Holzbecher, Dreyseстr. 5, einen Arbeitsnachweis errichtet haben.

Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes hielt am 5. April seine Generalversammlung ab, in welcher die Vorsitzende zunächst die Namensänderung dieser Organisation bekannt gab. In der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Frau von Hoffstetten zur ersten Vorsitzenden, Frau Leuschner zur 2. Vorsitzenden, Fräulein Janz zur 1. Kassirerin, Fräulein Milarsky zur 2. Kassirerin, Frau Klauke zur 1. Schriftführerin und Frl. Gahreis zur 2. Schriftführerin gewählt. Ferner wählte die Versammlung zu Beisitzerinnen die Frauen Stegemann, Wiesner und Frohmann, sowie zu Revisorinnen die Frauen Fahrenwald, Scholz und Gallien. Ein Antrag, die Männer in den künftigen Generalversammlungen auszuschließen und überhaupt keine Gäste zuzulassen, wurde abgelehnt. Beschlossen wurde, ein anderes Vereinslokal zu suchen.

Der Verein zur Regelung der gewerblichen Angelegenheiten der Töpfer Berlins und Umgegend hielt am 28. März in Weißensee eine Wanderversammlung ab, in welcher Blaurock über „Das eherne ökonomische Lohngesetz und die Kulturaufgabe der heutigen Arbeiterorganisationen" sprach. Der Redner erntete reichen Beifall für seinen Vortrag. Nach dessen Beendigung wählte die Versammlung den Kollegen Gutke zum Hilfskassirer. Derselbe kassirt am Sonnabend nach dem 1. und 15. im Monat bei Tamrat, Charlottenburger- und Wilhelmstraßen-Ecke. Bei Erörterung der Lehrlingsfrage wurde darauf hingewiesen, daß schon der Lehrling zum überzeugten und treuen Vorkämpfer des Proletariats herangebildet werden müsse. Die Maifeier des Vereins wird Vormittags 10 Uhr bei Kuhlmey, Schönhauser Allee, durch eine Versammlung mit nachfolgendem familiären Beisammensein begangen werden.

Im Kurhaus zu Friedenau wurde am Montag eine Versammlung abgehalten, in welcher nach einem von Koopmann gehaltenen Vortrage Stellung zur Maifeier genommen wurde. Beschlossen wurde, am 1. Mai eine Volksversammlung mit entsprechendem Referat und am 30. April ein Gartenfest zu veranstalten. Mit den Anordnungen hierzu wurden die Genossen Ahlert, Neumann, Kluth, Böttcher und Lindenberg betraut.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner zu Berlin. General-Versammlung am Mittwoch, den 12. April, Abends 8½ Uhr, in den Armiahallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes.

Lese- und Diskutirklub „Centrum". General-Versammlung, am Mittwoch, den 12. April, Abends präzise 9 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21. Vortrag und Wahl des Vorstandes und der Revisoren.

Touristen-Verein Klub der Wanderfreunde. Jeden Mittwoch gesellige Zusammenkunft der Mitglieder im Vereinslokal, Rosenthaler Stadthaus, Rosenthalerstr. 11—12.

Große öffentliche Versammlung der Schmiede Berlins. Mittwoch, den 12. April, Abends 8½ Uhr, in Schiffer's Salon, Inselstr. 10. Tagesordnung: 1. Welches Interesse haben die Schmiede an den Submissionsarbeiten des Magistrats.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstr. 170a: Unterricht in Deutsch (unt.). Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Logik. Süd-Schule, Martinsdorferstr. 5: Unterricht in Geschichte (mittl.). Südost-Schule, Reichenbergerstr. 131: Unterricht in Rechnen, Deutsch (oberes). In allen Unterrichtsfächern werden noch Schüler und Schülerinnen angenommen. Speziell werden die Gewerbegerichtsbeisitzer auf den Unterricht in der Gesetzeskunde aufmerksam gemacht.

Lese- und Diskutirklubs. Mittwoch. Vereinte Kraft, Abends 8½ Uhr, bei Klein, Schönleinstraße 6. — Johann Jacoby, bei Fritz Liepke, Schmidtstr. 38. — Heine, jeden Mittwoch vor dem 1. und 15. jed. Monats, Abds. 8½ Uhr, im Restaur. Grube, Mariendorferstr. 10. — Gesundbrunnen, Abends 8½ Uhr, bei Hafferland, Bellermannstr. 87. — Gleichheit, Abends 8½ Uhr bei Strumm, Ritterstraße 109. — Heine, Rixdorf Abends 8½ Uhr, bei Schmidt, früher Albrecht, Knesebeckstr. 92. — Otto Reimer jeden Mittwoch bei A. Brosch, Wilhelmshavenerstraße 13. — Lese- und Diskutirklub „Centrum", Abends 9 Uhr, bei Sommer, Grünstr. 21, Vortrag und Diskussion.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 78.

Arbeiter-Sänger-Bund Berlins und Umgegend. Mittwoch. Uebungsstunde Abends 9 Uhr, Aufnahme von Mitgliedern. — Liebesfreiheit 1, Andreasstr. 20, bei Schumacher. — Freya, (Gem. Chor), Alte Schönhauserstraße 22—23, Wagner's Brauerei. — Hilaritas, Hochstraße 22a, bei Wilke. — Deutsche Eiche, Blumenstr. 46, bei Menk. — Echo 1 Pankow, Schulzestr. 27. — Gesangv. der Steinmetzen, Johannistr. 20, bei Näther. — Lyra 1, Naunynstr. 6, bei Stachel. — Euphonia, bei Elhaus, Brückenstraße 2. — Hand in Hand 1, Reichenbergerstraße 18 bei Pätzoldt. — Schneeglöckchen 2, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 14, bei Glaser. — Unverdrossen, Abends 8½ Uhr, bei Sachs, Lindowerstr. 38. — Flöter'scher Gesangverein, Koppenstraße 43c, bei Voreg. — Rütli 1, Friedenau im Kurhaus. — Vorwärts 5, Friedrichshagen, Rundtheil, bei Kerche. — Vorderkranz, Lichtenbergerstr. 21 bei Heise. — Südost 1, Köpenickerstr. 131, Restaurant. — Hoffnung 1, Friedrichsberg, Friedrichsruhstraße 34, bei Schulze. — Rothe Nelke, Schöneberg, Goltzstraße 43, bei Ziegeler. — Gesangverein der Kupferschmiede, Weinbergstraße 11 bei Freund. — Vergißmeinnicht, Schulstraße 29, in Wedding a. Kalmo. — „Concordia", Dissenhofstraße 53 bei Holz. — „Deutscher Männergesang", Weißenburgerstraße Nr. 15, bei Schneider. — Gesangverein Lotosblume, Alte Jakobstr. 94—97, bei Piatkowsky. — Gesangverein Freiheitsklänge, Alte Jakobstraße 69. — Männer-Gesangverein Libertee 1, Cuxhavenstraße 24, bei Tietsch. — Unverzagt Längere, 65 bei Tempel. — Gesangverein Lorbeerkranz 2, Oranienstraße 180 bei Rusch. — Gesangverein Liedeslust in Fürstenwalde bei Haupt, Müncheberger Chaussee. — Sängerchor der Maler, Stallschreiberstraße 29 zum ersten Stab. — Freiheits-Grub, Pyritzerstraße 48 bei Busse. — Gesangverein „Hoffnung 2", Brandenburg a. H. bei Weimer. — Gesang-Verein „Titania", Cuxhavenstraße 48 bei Seidler. — Gesangverein Sangesblüthen Blumenstr. 38 bei Henke. — Gesangverein Moabit, Wilhelmshavenerstr. 23 bei Fuda. — Männer-Gesangverein Liederlust, Fichtestr. 29 bei R. Kröthe. — Gesangverein „Gleichheit", Pappel-Allee 3—4 bei A. Meinhardt. — Gesangverein Lyra 3, Brit, Berlinerstr. 65 in Rixdorf. — Gesangverein Freiheitsklänge 2 Oberschwedterstraße 5. — Seeger'scher Gesangverein, Krautstr. 6 bei Rudolf. — Arbeiter-Sängerverein von Brit in Brit, Rosenseeterrasse. — Gesangverein Sängerfreiheit, Naunynstr. 63 bei Fritz Fröhlich. — Einigkeit 3, Groß-Lichterfelde, bei Gries.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. (Zuschriften sind zu richten an P. Henkel, Bergmannstraße 81, Hof 3 Tr.) **Mittwoch:** Gesang-Klub Lustige Brüder, Manteuffelstr. 46 bei Oswald.

— Geselliger Verein Fridolin, Brunnenstr. 55 bei Wolff. — Privat-Theater-Verein Durch Nacht zum Licht, Dresdenerstr. 116 bei Gründel. — Touristenklub Nachtfalter, Frankfurter Allee 56 bei Burmann. — Tambo unverein Vorwärts (Rixdorf), Hermann- und Wanzlickstraßen-Ecke bei Koder. — Rauchklub Eiserne Pfeife, [illegible] bei Hoffmann. — Humoristischer Rauchklub, Görlitzerstr. 4. bei Picht. — Geselliger Verein Brüderlichkeit Georgenkirchstr. 65 bei Müller.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Mittwoch. Gesangverein Knospe, Abends 9 Uhr, im Restaurant Wahlstatt, Belle-Alliancestraße. — Musikverein Vorwärts, Abends 8½ bis 10½ Uhr, Langenstraße 108 bei Nebelin. — Männer-Gesangverein Waldkapelle 9, Abends 9 Uhr, Restaurant Kayser, Skalitzerstr. 22. — Musik-Dilettantenverein Preciosa, Abends 8½—11 Uhr Uebungsstunde in Geisler's Restaurant, Fenn- und Tegelerstraßen-Ecke.

Turnverein Hoffnung, Abends 9 Uhr, im Restaurant Schröder, Manteuffelstr. 9. — Kraftturnverein Jugendkraft, jeden Mittwoch und Sonnabend 9—11 Uhr Abends bei Lade, Zeughofstr. 8. — Turnverein Gesundbrunnen. Die 2. Männer-Abtheilung turnt heute von 8½—10½ Uhr Abends in der Turnhalle, Fretenwalderstraße 29. — Kraftturnverein Berolina, Abends 9 Uhr Uebungsstunde bei Faustmann, Reichenbergerstraße 73a. — Athletenverein Atlas, Abends 9 Uhr, Uebungsstunde, Universum, Brunnenstr. 119.

Theater- und Vergnügungs-Verein Humanitas Abends 8½ Uhr bei Noack, Lothringerstr. 94. — Theaterverein „Vulkania 1", Abends 9½ Uhr, Bergstr. 12, Restaurant Rehlig. — Bühnenverband Othello, Abends 9 Uhr, Restaurant Lothringerstr. 101.

Geselliger Vergnügungsverein Regia, Abends 9 Uhr, im Restaurant Sommer, Grünstraße 21. — Kreuzfidel, bei Gumlich, Reichenbergerstraße 140. — Fidele Brüder, bei H. Mrose, Lachmannstr. 5. — Touristenverein „Frei Weg", Abend 9 Uhr bei Siedtkuhl, Manteuffelstr. 66. — Vergnügungsverein Lustig-Froh, Mittwoch 9 Uhr, Märkischer Hof, Admiralstr. 180. Sitzung.

Rauchklub Roochloch, Abends 9 Uhr, bei Kierstein, Admiralstr. 32. — Rauchklub Lassalle, Abends, bei Lock, Friedrichsbergerstr. 11. — Rauchklub Rothe Nelke, bei Steuer, Weinstr. 22. — Humoristischer Rauchklub, Abends 9 Uhr, bei A. Riemann, Görlitzerstr. 42. — Rauchklub Sanssouci, Boxhagenerstraße 81. — Rauchklub Ohne Zwang, Abends 9 Uhr bei Späth, Weinstr. 28. — Rauchklub Grüne Quaste, Abends 9 Uhr, bei Schlüter, Kleine Markusstr. 10. — Rauchklub Vulkan, Abends 9 Uhr bei Gittler, Mariannenstr. 48. — Rauchklub „Goldene Quaste", Abends 9 Uhr bei Muß, Johnstr. 8. — Rauchklub gutgesinnter Freunde, Abends 9 Uhr bei Neumann, Höchstestr. 18. — Rauchklub Schmokes-Werke, Köpenickerstraße 121a bei Schödel. — Rauchklub „Vorwärts SO.", Waldemarstraße 74 bei George. — Humoristische Pfeifenbrüder Abends 9 Uhr, Klosterstraße 83, beim Genossen W. Salzwedel. — Rauchklub Deutsche Eiche, Abends 9 Uhr bei John, Waldemarstr. 52. — Rauchklub Lustige Brüder jeden Mittwoch Abend 8½ Uhr Mariannenstr. 45 bei Möbius.

Skatklub Treff, Abends 8½ Uhr, bei Otto Zabel, Frankfurter Allee 90.

Vermischtes.

Das Schwurgericht in Stargard verurtheilte den Knecht Sauer aus Gräbnitzfelde, welcher seine Braut aus Eifersucht erschossen hat, zum Tode.

Nützliche Stiftung. Siegmund Brody, der Herausgeber des „Neuen Pester Journals", hat eine Viertelmillion Gulden für ein interkonfessionelles Kinderspital zum Andenken an seine verstorbene Gattin Adele Brody gestiftet.

In Belgrad wurden am Montag früh 4 Uhr abermals Erdstöße verspürt; sie waren bedeutend schwächer als die am Tage vorher. Aus Cuprija, Jagodina und Svilajnatz werden fortgesetzte schwächere, in Intervallen wiederkehrende Erdstöße signalisirt. In Livaditza dauert der Auswurf aus einem daselbst entstandenen Erdspalte fort.

Der ehemalige Präsident der Republik Mexiko, Gonzales, ist gestorben.

In Siam wurde die Eisenbahn-Linie Bangkok-Paknam dem Verkehr übergeben.

Ein Kulturbild aus unseren Tagen. Als ich meinen Wohnsitz — schreibt Adolf Geck im Offenburger „Volksfreund" — in die Einsamkeit der Brandeck-Wälder verlegte, meinte die schwarze Kaplanspresse, ich setzte mich fern von der Gelegenheit, über das Elend des arbeitenden Volkes Betrachtungen anzustellen. Als ob die Bewohner der Berge auf Rosen gebettet wären. Ein Beispiel aus mehreren: Ging man vom Brandeck-Lindle durch den Tannenwald hinunter in das Thal, dem der Durbacher Klevner einen weitverbreiteten Namen verschafft, so fand man gleich zur Linken meinen Nachbaren, den Hurst-Jörg, auf dem Brandeck-Hof. Der war einst ein eigener Herr auf diesem großen Bauernhof mit vielen Morgen Feld und Wald. Vor Jahren kam der Brandecker-Hof unter den Hammer und der frühere Eigenthümer, der Hurst-Jörg, mit seiner Frau und 9 Kindern sank zu den Pächtern herab. Er bebaute den Hof, und die Eigenthümer bezogen die Revenüen. Bald war auch dieses Stadium der proletarischen Entwickelung vorüber, und der dritte und letzte Zustand trat ein: Das tiefste Proletartat. Die kalten Schreckenstage in der Mitte dieses Januar werden allen armen Leuten im Gedächtniß bleiben. Selbst wer sie behaglich hinter dem wärmestrahlenden Ofen und neben einer wohlbestellten Speisekammer verleben konnte, vergißt sie nicht. Es war grauenhaft kalt; Stein und Bein gefroren, jene Witterung, bei welcher es thierschutzvereinlich verboten ist, einen Hund ins Freie zu jagen. Am Vormittag des 14. Januar schritten von Durbach aus 4 Männer dem Hurst-Hof zu: der Gerichtsvollzieher, zwei Ortspolizisten und der Waldhüter. Sie hatten die traurige Aufgabe, im Namen des Gesetzes und Rechtes den Hurst-Jörg, seine Frau und die neun Kinder bei dieser sibirischen Kälte auf die Straße zu setzen, den Hof zu schließen und die kleinen Kinder ins Schulhaus von Durbach-Gebirg zur Armenversorgung zu bringen. Der Antrag zu dieser Austreibung ging formell von den Eigenthümern des Hofes aus, einem Rentner in Oberkirch und einem reichen Hofbauern in Durbach, beide unbeschnitten. Der Hurst-Jörg und seine Familie darf noch von Gnade reden, daß der Schub nicht auf die Weihnachtszeit erfolgte. Nun ging man daran, die noch übrig gebliebene, unverpfändliche Habe aus dem Bauernhofe hinauszuschaffen. Alles fand seinen Weg durch alle Oeffnungen, die der Zimmermann gelassen, so Thüren als Fenster. Stühle, Tische, Betten wanderten ins Freie, die Tafeln erlitten bei der Geschwindigkeit, mit der sie aus der vieljährigen Ruhe entfernt wurden, Schaden und Gebrechen; der Weg zu den Fenstern des oberen Stockes hinab mag für die Gegenstände dieser Betriebsart nicht wohlthuend gewesen sein; der Heiland am Kreuze fuhr mit derselben Eilpost zur Erde, wie einst beim Ausbruch der Reformation die kaiserlichen Rathsherren zu Prag. Was im Keller an Lebensmitteln gegen die vernichtende Kälte geborgen war, lag bald im Schnee des Hofes. Sauerkraut und Kartoffeln geriethen unter den Einfluß einer Temperatur von 17 Grad Kälte. Die „letzte Kuh" mußte aus dem Stalle und ohne Schutzdecke dem Karren folgen, auf welchem der Hausrath der Familie thalabwärts geschoben wurde. Ein Theil der Kinder entfloh durch den Schnee in den Wald, um sich der Mitnahme zu entziehen. Jetzt wurde zur Bestreitung der Austreibungskosten — die Helfer des Gerichtsvollziehers erhielten 15 M. — eine Pfändung der Faßlager, Bütten 2c. vorgenommen und eine Zwangsversteigerung auf acht Tage festgesetzt. In die Thüren des Hauses trieb man lange Nägel, damit keine Rückkehr in die liebgewordene Heimstätte möglich sei. Ich habe hier erzählt, was sich aktenmäßig feststellen läßt, und will nicht untersuchen, welches subjektive Verschulden auf Konto des Hurst-Bauern an der Katastrophe zu setzen ist. Soviel ich höre, sind mitleidige Freunde bereit, demselben wieder zum Hofe zu verhelfen. Es mag im sozialdemokratischen Zukunftsstaate nach der Aussage der ultramontanen, liberalen, konservativen und freisinnigen Verehrer der kapitalistischen Weltordnung, welche Herren den Zukunftsstaat besser kennen, als wir Sozialdemokraten, aussehen, wie es will; aber, wenn ich einen einzigen Sozialdemokraten wüßte, der mir es als selbstverständlich bezeichnet, daß man auch im sozialen Staate von Rechtswegen eine solche Austreibung unter solchen Umständen vornehmen kann, — dann würde ich schon deshalb davon ablassen, für das sozialdemokratische Kollektiveigenthum an Grund und Boden einzutreten. — Glücklicherweise sind wir Sozialisten immer noch bessere Menschen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Paris, 11. April. Vor dem Schwurgericht begann heute die Verhandlung in der Angelegenheit der Explosion in dem Restaurant Véry. Angeklagt sind der von England ausgelieferte Anarchist François, der Anarchist Bricou und dessen Geliebte Delage, alle drei wegen Mitthäterschaft am Morde, sowie Mennier als Haupturheber des Verbrechens. In dem Verhandlungssaal und in den Gängen des Gerichtsgebäudes ist nur wenig Publikum zugegen.

Paris, 11. April. Aus dem Arrondissement Lorient werden 18 neue Erkrankungen und 6 Todesfälle an Cholera gemeldet. In der Stadt Lorient selbst ist nur eine neue Erkrankung und kein Todesfall vorgekommen.

Brüssel, Dienstag, 11. April. Besondere Abtheilungen der Bürgergarde sind einberufen, um für alle Eventualitäten bereit zu sein. Zwischen der Polizei und Manifestirenden, die in das Bureau des Journals „Patriote" eindringen wollten, kam es zu einem Zusammenstoße. Mehrere Personen wurden leicht verwundet.

Brüssel, 11. April. Gegen 2000 Bergarbeiter von Flénu im Kohlenbecken von Mons haben der „Indépendance belge" zufolge die Arbeit niedergelegt; man befürchtet eine weitere Ausdehnung des Ausstandes.

Brüssel, 11. April. Der Generalrath der Arbeiterpartei beschloß in der heute abgehaltenen Plenarversammlung den sofortigen allgemeinen Streik, und veröffentlichte diesen Beschluß durch einen Aufruf an das belgische Volk.

Amiens, 11. April. Die Zahl der ausständigen Arbeiter in den Färbereien und Sammetfabriken beträgt gegen 10 000. Die Fabriken werden von Militär bewacht. Die Mannschaft ist in den Kasernen konsignirt.

Madrid, 11. April. Der Ministerrath beschloß, die Demission des Bürgermeisters von Madrid nicht anzunehmen. Gerüchtweise verlautet, Japan hätte die bei den Philippinen gelegenen Pelew-Inseln okkupirt.

London, 11. April. Aus Pontypridd, Grafschaft Glasmorgan, wird gemeldet: Heute Nachmittag brach in der Maschinenhalle des benachbarten Kohlenbergwerks „Great Western" Feuer aus. Die 300 Bergarbeiter, welche in den Schächten arbeiteten, konnten nicht heraufbefördert werden. Das Feuer ergriff die Schächte. Bisher sind 5 Todte aufgefunden; das Schicksal der übrigen Bergarbeiter ist noch unbekannt.

(Depeschen des Bureau Herold.)

Warschau, 11. April. Sämmtliche in den Grenzbezirken Kongreßpolens wohnenden Israeliten erhielten die Aufforderung, binnen vierzehn Tagen ihren Wohnort zu verlassen und sich im Innern Rußlands anzusiedeln. Die Ausführung dieser Aufforderung im Zwangswege soll angeordnet sein.

London, 11. April. Cipriani ist gestern Abend hier angekommen und wird heute von englischen, deutschen und italienischen Sozialisten und Anarchisten begrüßt werden. Cipriani beabsichtigt, eine Rede zu halten, in welcher er über den römischen Anarchistenprozeß sprechen wird. Krapotkin wird an der Versammlung theilnehmen.

Briefkasten der Redaktion.

H. R. Da erkundigen Sie sich privatim bei Genossen. Wir geben keine Auskunft über die Bezugsquellen einzelner Fabrikate. Wir würden sonst für das eine oder das andere Geschäft Reklame machen.

E. F. Die betreffende Besprechung war für uns nicht verwendbar.

W. G. 6 W. In dieser Verbindung erscheint uns die eingesandte Besprechung ungeeignet.

E. W. Unfallversicherungsgesetz betr. ist durch unsere Buchhandlung gegen Einsendung von 2,10 M. zu beziehen.

Mth., Johannesburg. Selbstverständlich haben Sie Recht: weder 1887 noch je sonst hat die sozialdemokratische Partei für eine Militärvorlage gestimmt.

F. F. Der Vormund ist nicht im Recht; wenden Sie sich an das Vormundschaftsgericht.

A. K. 1. Uneheliche Kinder verlieren ihren Alimentenanspruch gegen ihren Erzeuger durch Heirath seitens ihrer Mutter keineswegs. 2. Was der Braut gehört, haftet nicht für Schulden ihres künftigen Ehemannes. Einen Vertrag auf dem Gericht zu schließen — vor der Heirath —, in dem das Eigenthumsrecht der Frau anerkannt wird, ist zweckmäßig.

L. P. Reparaturkosten der Brille gehören zu den Leistungen, zu welchen auch nach §§ 6 und 7 des Kassengesetzes die Kasse verbunden ist.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 12. April, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Seefeldt, Grenadierstraße 33:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 376/10*

1. Bericht des Vorstandes und Kassenbericht. 2. Neuwahl des gesammten Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

Westen! Oeffentl. Volksversammlungen Süden! für Männer und Frauen.

Im **Westen**: Mittwoch, 12. April, in **Königshof**, Bülowstr. 37.
Im **Süden**: Donnerstag, 13. April, in der **Berliner Bock-Brauerei** (nicht in „Habel's Brauerei, wie gestern annoncirt).

Vortrag des Herrn **Stüve** aus Hamburg, über:

Hamburg zur Cholerazeit 1892

illustrirt durch 40 Lichtbilder. Diskussion. 3267b

Anfang 8½ Uhr. Entree 10 Pf. **Der Einberufer.**

Charlottenburg.

Sozialdem. Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg.

Donnerstag, 13. April, Abends 8 Uhr, bei Herrn **Krause**, Bismarckstr. 74:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Stiefenhofer, über: Weltschöpfung und Weltuntergang. 2. Neuwahl des Gesammtvorstandes. 3. Verschiedenes. 382/8

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! **Rixdorf!** Achtung!

Maurer!

Oeffentliche Versammlung der Maurer von Rixdorf und Umgegend

am Donnerstag, den 13. April, Abends 8 Uhr, in Kummer's Salon, Berlinerstr. 136.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung von der Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

242/14 **Der Einberufer.**

Möbel u. Polsterwaaren Aug. Herold, Oranienstr. 83/84.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste

und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

☞ Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „**Seifen-Extract**" 2c. angeboten werden. 3972L*

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren. Ausstattungen in **Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel** empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. Franz Tutzauer, Berlin S.O., Köpnickerstr. 25.

Cigarren mit Kontroll-Schutzmarke!

Sämmtliche von mir zum Verkauf gehaltene Waare ist reelles, eigenes Fabrikat und mit obiger Marke versehen. 4032L*

Hermann Wicht,

Dresdenerstr. 16, zwischen Kottbuser Thor u. Oranienplatz.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin. Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt **Julius Apelt, Sebastianstr. 20**

Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*

Bierdruck-Apparate.

Umänderungen nach polizeilicher Vorschrift, schnell und sauber.

Schiefer, Helchow & Co., Prinzenstr. 11. 3265b

Gute Saamenkartoffel, **echte argentinische Campelous** sind zu haben, à Zentner 3 M. bei 3256b Restaurateur Werner, Frankfurter Allee 81, Friedrichsberg.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins **Andreasstr. 23. Hp**

500 Stück Kinderwagen!

Durch selten günstigen Abschluß stelle dieselben spottbillig zum Ausverkauf **Lützowstr. 73.** 1968b*

Achtung! Kein Laden.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 3561L **H. F. Dinslage,** Kottbuserstr. 4, Hof part.

Schlafstelle f. 2 Herrn bei 3262b Piesker, Barnimstr. 36, v. 2½ Tr.

Gebr. Bölke

Uhren-Fabrik Berlin, Mauerstr. 76.

Verkauf aller Arten abgezogener und genau regulirter **Uhren** zu staunend **billigen Fabrikpreisen.** 3 Jahre **Garantie** und Umtausch gestattet. Reich illustrirtes **Preis-Buch** gratis und portofrei. [3945L*

Gold. Damen-Uhren, Rem., 20 M.

Nieft's Fest-Säle, Weberstr. 17. Weberstr. 17.

Ein Sonnabend im April Umstände halber frei geworden. Empfehle zu Versammlungen. 3944L*

Vereinszimmer zu vergeben 3257b Meyer, Sebastianstr. 3.

Genossen empfehle meinen **Frühstücks-, Mittags-** und **Abendtisch.** Vereinszimmer mit Piano. Für gute Getränke sorgt stets 3618L* **Fritz Fröhlich,** Naunynstraße 43.

Logirhaus, Urbanstr. 5.

Einem geehrten reisenden Publikum empfehle mich hiermit aufs Beste. Gute Betten, billigste Preise. 3255b Auch monatl. Logis preiswerth. Ergebenst C. Luthardt.

J. Semmel, Oranienstr. 55, am Moritzplatz, pr. Zahn-Arzt. Spr. 8—6. Sonnt. 9—1. Theilzahlung gestattet.

Zähne schmerzl. eins., sehr fest sitz. Garantie, 1,50. Abzahl. Woche 1 M. Dresdenerstr. 105. 3201b*

Den Genossen zur Nachricht, daß sich der Genossenschaftsbrotverkauf jetzt **Alte Schönhauserstr. 50** im Laden befindet. [3264b] **R. Gust.**

Kinderwagen und Reisekörbe, über **200 Stück,** Einzelu. bill. zu verk. in d. Korbwaarenfabr. **Invalidenstr. 105.**

Stempel Vereins-Abzeichen 2c. **H. Gattmann, Brunnenstr. 9.**

Cigarrengeschäft z. verk. Markusstr. 1.

Schlafstelle für Herrn ist zu verm. b. Westphal, Gertraudtenstr. 26, 3 Tr.

Verantwortlicher Redakteur: **Wilhelm Schröder** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.